Nummer 10 Pfg.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 7, und durch Austräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pfg.
„ „ Monat 1.20 Mk.
für 3 Monate 3.60 Mk.
Durch die Post bezogen 3.75 Mk.
frei in Haus 4.17 Mk.
wo keine Post am Orte 4.50 Mk.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Nummer 10 Pfg.

Anzeigenpreis beträgt für die einspalt. Colonelzeile od. deren Raum für Breslau u. Schlesien 35 Pfg. Außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Ins. für Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versamml.-Anzeigen 20 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 14. Breslau, Donnerstag, den 17. Januar 1918. 29. Jahrgang.

Eine kleine Annäherung.

Vom Tage.

Die Konferenzen in Berlin sind beendigt, und in den Spalten der Presse ist es mit einem ...al still geworden von alar..ierenden Gerüchten. Der „große Durchbruchsversuch“ ist vorüber, und als Ergebnis verkündet am Montag abend der stellvertretende Leiter des Auswärtigen Amtes: Hertling bleibt, Kühlmann bleibt, es bleibt bei den alten Instruktionen, die Kühlmann für Brest-Litowsk empfangen, und es bleibt bei der Erklärung des Reichskanzlers über das Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland vom 29. November. Graf Hertling, dem eine akute Lebeckrankheit angeredet worden war, soll nach Abschluß der Konferenzen lachend erklärt haben: „Ich habe mich noch nie so gesund gefühlt“. Der Versuch, den Kanzler auf unparlamentarischem Wege zu beseitigen, ist gescheitert.

Die Rede des Reichskanzlers Hertling im Reichstagsausschuß, die für Freitag erwartet wurde, wird, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, vielleicht noch länger hinausgeschoben werden. Es gilt für nicht unwahrscheinlich, daß der Kanzler erst in der nächsten Woche sprechen werde. Der Ausgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk ist ihm noch zu dunkel, als daß er öffentlich darüber sprechen könnte.

Inzwischen würgt sich der Friedensprozeß Trotzki-Kühlmann langsam weiter. Der „Lokalanzeiger“ nennt es einen geistigen Ringkampf, der sich in Brest-Litowsk abspielt. Herr Trotzki ist ein geschickter Debatter, er nimmt auch kein Blatt vor den Mund und weiß unbequemen Feststellungen mit einiger Eleganz auszuweichen. Freilich meint das Blatt der Schwerindustrie, man lasse Herrn Trotzki zu viel Zeit für seine Theorien. Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dagegen sieht in den bisherigen Verhandlungen einen Schritt zur Klärung und Verständigung. Die Mittelmächte sehen den Weg zur Verständigung in einem Kompromiß, das mit den Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, rechnet. Der Gegensatz wird zunächst noch vertieft dadurch, daß die russischen Forderungen sich auf dem Boden der Theorie bewegen, während die deutschen Vorschläge Tatsachen zur Unterlage haben. Aber gerade darin eröffnet sich auch die Möglichkeit seiner Ueberwindung. Führen auch die russischen Vertreter ihre Verständigungsabsichten von der Theorie bis zur Praxis, stellen sie sich damit auf den Boden der Tatsachen, so ist die Brücke gefunden, auf der beide Teile zusammenkommen werden, meint das offiziöse Organ.

In Petersburg rechnet man in maßgebenden Kreisen ebenfalls damit, daß die Bolschewiki-Regierung auf die hauptsächlichsten Forderungen der Zentralmächte eingehen wird.

Verhandlungen mit den Ukrainern.

Brest-Litowsk 16. Januar. (W. T.-B.) Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegierten der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär von Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Ministers des Aeußeren, Grafen Czernin, fand eine für heute nachmittag angesetzte vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die 1½ Stunden lange Unterredung an welcher auch die deutschen Delegierten teilnahmen, führte zur Herstellung des prinzipiellen Einvernehmens über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hierdurch dürfte ein entschiedener Schritt nach vorwärts getan sein.

Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen vorbereitenden Gedankenaustausches wird in die Detailberatung eingetreten werden.

Amerika kauft Guinea.

Die „Agence Havas“ meldet aus New York, daß die Vereinigten Staaten Niederländisch-Guinea angekauft haben.

Es handelt sich um die westliche Hälfte der im Norden Australiens gelegenen großen Insel, deren andere Hälfte bis zum Kriege zwischen Deutschland (Kaiser-Wilhelmsland) und England geteilt war. Da der deutsche Teil an die Japaner übergegangen [illegible], haben sich die Amerikaner den holländischen [illegible]

Das Geheimfach Caillaux'.

Rom, 16. Januar. (Agenzia Stefani.) „Giornale d'Italia“ schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen von Madama Renauard dem Namen seiner Frau, besaß, wurde letzte Woche geöffnet. Es enthielt:

1. Schmucksachen im Wert von ungefähr einer halben Million,
2. russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1½ Millionen,
3. drei politische Aktenmappen.

Die erste Mappe enthält unter dem Titel „Meine Ablehnung“ Briefe die zwischen Caillaux und einigen Züricher Persönlichkeiten gewechselt worden sind und die ihn dringend um Geld und Pässe bitten, um nach Frankreich gehen zu können. Caillaux lehnt beständig ab.

Die zweite Aktenmappe enthält Briefe mehrerer französischer Zeitungsschriftsteller, besonders Almereydas. In allen diesen Papieren findet sich keine Anspielung auf italienische Politiker oder Zeitungsschriftsteller oder auf italienische Angelegenheiten.

Die dritte Aktenmappe ist die umfangreichste, wichtigste und eindrucksvollste. Sie ist in zwei Teile geschieden und enthält ein ausführliches merkwürdiges politisches Programm, das von Caillaux aufgezeichnet und unterschrieben ist und in Frankreich verwirklicht werden sollte, wenn er, wie er hoffte, zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein „Attentat gegen den Staat“ dargestellt haben und [illegible] wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen und eine Umstürzung und Umgestaltung der öffentlichen Gewalten und Aemter gewesen.

Gerüchte über Lenin.

Gestern noch wurde Lenin als erkrankt in einem finnischen Karort gemeldet, heute verzeichnet das russische Telegraphenbureau ein gegen ihn verübtes Attentat;

Petersburg, 15. Januar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Man muß unwillkürlich an die vielen erlogenen Gerüchte über Kerenski denken, wenn man diese Meldung und die nachfolgende liest:

Stockholm, 16. Januar. Nach „zuverlässigen“ Petersburger Meldungen ist der Riß, der sich schon seit einiger Zeit innerhalb des Volkskommissariats bemerkbar gemacht hat, nunmehr so gut wie unüberbrückbar geworden. In eingeweihten Kreisen wußte man schon lange, daß Lenin unzufrieden ist, sowohl mit Trotzkis Einfluß als mit Trotzkis Ansichten, die sich nicht immer dem Leninschen sozialpolitischen und international-politischen Draufgängertum anpassen.

Dem verbissenen Ideologen Lenin, der dem wirklichen Leben stets fern gestanden hat, mußte Trotzki, der Anhänger des praktisch Möglichen, immer unleidlicher werden und so ist zwischen diesen beiden eine Spaltung eingetreten, die ein weiteres Zusammenarbeiten so gut wie unmöglich macht. Lenins Sozialisierung der russischen Privatbanken, dieser dilettantisch von einem Studenten im dritten Semester namens Brillant ausgearbeitete Plan, der Rußlands Volkswirtschaft vollends zu vernichten droht, Lenins Auslieferung der russischen Industrie an die Arbeiter, die die Schließung einer Fabrik nach der andern nach sich zieht, und ähnliche von lebensfremder Theorie diktierte Experimente haben in Trotzki einen ernsten Widersacher gefunden, und Brest-Litowsk hat den Riß vollendet.

Solidarisch mit Lenin ist eigentlich nur Krylenko, der es noch immer nicht verschmerzen kann, daß er weder zu den Waffenstillstands-, noch zu den Friedensverhandlungen herangezogen worden ist. Die übrigen Regierungsmitglieder und der weitaus größte Teil des sowjetischen Exekutivausschusses stehen wohl restlos auf Trotzkis Seite. Am Mittwoch voriger Woche hat Lenin eine angebliche Erholungsreise nach Finnland angetreten, von der er noch nicht zurückgekehrt ist, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß dieser Erholung der Rücktritt folgen wird.

Wie gesagt, es kann etwas Wahres an diesen Gerüchten ein, es braucht aber nicht. Anscheinend sind sie ausgesprengt, um das Ansehen der russischen Regierung herabzusetzen.

Ein Truppendampfer versenkt.

Berlin 16. Januar. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: Ein englischer Zerstörer und [illegible] Brutto-Register-Tonnen Handelsschiffsraum. Am 30. Dezember hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller, vor Alexandrien einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedozerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransporter versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung „[illegible]“ durch Torpedoschuß vernichtet. Der [illegible] [illegible]

Die Angriffe der Italiener.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 16. Januar, abends. (W. T.-B.)

Am Westhange des Monte Pertica scheiterten gestern nachmittag mehrfache Angriffe der Italiener.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. Januar. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich des Col di Rosso abgewiesen. Oestlich der Brenta setzte der Italiener seine vergeblichen Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Westabhange des Monte Pertica stürmte der Gegner dreimal gegen unsere Linien. Jedesmal brach sein Ansturm bereits in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unter schweren Verlusten zusammen.

Südlich des Monte Fontana Secca wurden feindliche Angriffsversuche im Keime erstickt. An der unteren Piave vielfach lebhafter Artilleriekampf.

Italienischer Heeresbericht vom 15. Januar.

In der Gegend des Monte Asolone entfachte sich der Kampf gestern nachmittag von neuem. Unsere Truppen, durch die Artillerie wirksam unterstützt, rückten mit großer Tapferkeit vor, um ihre Linie vom Gasthof zum Hasen ab bis zur Testata Val Casilla zu berichtigen. Trotz erbitterten Widerstandes und sehr starker feindlicher Gegenwirkung konnten beträchtliche Vorteile erzielt und dem Gegner sehr schwere Verluste zugefügt werden. Wir nahmen 8 Offiziere, darunter einen Oberstleutnant und 233 Mann gefangen. An dem Vorsprung des Monte Solarolo führten kühne Abteilungen in wirksamer Weise eine Demonstration aus und drangen bis in die feindlichen Gräben vor. Im Osten von Capo Sile erweiterten wir durch eine [illegible] überraschende Unternehmung den Brückenkopf, wobei wir dem Feinde einige Gräben entrissen und darauf seine wiederholten Gegenangriffe blutig abwiesen. Zwei Offiziere und 45 Mann wurden gefangen genommen und zwei Grabenmörser und einige Maschinengewehre erbeutet.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 16. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte, südöstlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein.

Eigene Aufklärungstruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen erhöhte Gefechtstätigkeit.

Italienische Front. Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafter Feuerkampf mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen. In den Piave-Abschnitten nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Ein Streifzug an die Themse.

(W. T.-B.) **Berlin**, 16. Januar. (Amtlich.) Am 14./15. Januar unternahmen leichte deutsche Streitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nähere Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksames Artilleriefeuer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der nicht anerkannte Botschafter. Ein junger Russe, der früher in Japan studierte, ist in Tokio eingetroffen und hat seine Ernennung zum russischen Botschafter mitgeteilt. Die japanische Regierung hat es abgelehnt, den maximalistischen Gesandten anzuerkennen. Der bisherige russische Botschafter weigerte sich das Amtsgebäude zu verlassen.

Rakowski in Petersburg. Nach einer Meldung des „Djen“ ist der rumänische Sozialistenführer Dr. Rakowski auf Einladung Lenins und Trotzkis nach Petersburg gekommen. Die Bolschewiki wünschen mit ihm die Frage zu erörtern, in welcher Weise die allgemeine Stimmung in Rumänien beeinflußt werden könne, um die Beseitigung des [illegible] und der bürgerlichen Regierung zu erzwingen.

[illegible] wird gemeldet: Um den [illegible] [illegible] Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk [illegible] bayerische Ministerpräsident Dr. Graf [illegible] [illegible]

[illegible]

Der Zweikampf Kühlmann-Trotzki in Brest.

Die weiteren Verhandlungen.

Die schriftlichen Formulierungen.

Brest-Litowsk, 15. Januar. (WTB.) Am 14. Januar, [illegible] Uhr nachmittags, hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung ab.

Staatssekretär v. Kühlmann

teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form schriftlich zu beantworten. Er halte aber die Art, gegenseitig mit formulierten Schriftstücken zu verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und wenig fördernd. Es werde sich empfehlen, die Materien durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu beauftragen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und, falls diese nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte feststellen. Hierauf gelangte die materielle

Antwort der Verbündeten

zur Verlesung, in der es heißt:

Die russischen Vorschläge, betreffend die besetzten Gebiete Rußlands weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Sie tragen nicht den Charakter eines Kompromisses, sondern stellen sich als eine einseitige russische Forderung dar.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert, ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von beiden angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung bieten kann. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in dem neuen Staatsgebilde seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen weiter Klassen der Bevölkerung auszudrücken. Von großer Bedeutung ist das Urteil des obersten Gerichtshofes in Washington im Jahre 1808, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika für voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündigung ihrer Unabhängigkeit ab, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands, im Vertrage vom Jahre 1782. Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, ebenso davon, daß für die russische Regierung die Grundaufgabe der Verhandlungen nicht darin bestehe, um in irgend welcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen. In diesem Zusammenhange wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableite, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Stellt man sich aber auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitze, so sind in der Tat:

Umfang des Territoriums,
politische Vorausziehung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes,
Räumungsregime und
Form der Willenskundgebung

die vier Punkte, über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1: Die Bekennung, das Selbstbestimmungsrecht [illegible] Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Nationalitätenfrage maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden [illegible] historisch angesehen, völkische Einheiten.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben oder die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen jeder Art freie Hand behalten.

Zu 2: Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenigen Zahlen zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe nötig [illegible]

Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann [illegible] werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge [illegible] der Okkupierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung [illegible] Zeit zu Zeit zugesagt. Diese Frage kann einer besonderen [illegible] überwiesen werden.

Zu 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten [illegible] nicht genug. Mit der fortschreitenden Einführung des [illegible] Friedens [illegible] der gewählten Vertretern [illegible] Bevölkerung in immer steigendem Umfange die Mit[illegible] auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden.

Zu 4: [illegible]

[illegible]

[illegible]

mann entstanden waren. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formelle Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht fußte. Er müsse aber auf das kategorischste gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erklärt. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache, und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiet Gewaltmaßregeln gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Anschließend daran führte Herr Trotzki u. a. aus: Die beiden Beispiele, die General Hoffmann angeführt hat, charakterisieren in keiner Weise unsere Politik.

Der weiß-russische Kongreß

setzte sich zusammen aus den Vertretern der weiß-russischen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des weiß-russischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von den Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen vertreten waren. Ich wies schon in meiner formalen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konflikte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran gehindert haben, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen.

Herr Trotzki kam hierauf auf

das Schicksal der besetzten Gebiete

zu sprechen. Er meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation bestärken kann über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte und die Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Ansprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, um ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Verhandelns anlange,

so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber Rußland auferlege. Aber kein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Besetzungen hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe hinreichend ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Lossagung aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreichs sie nicht verhindere. Herr Trotzki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Aeußerung abzugeben über den Charakter der Erklärung, die heute verlesen worden sei.

Hierauf ergriff Staatssekretär von Kühlmann das Wort

und führte nachstehendes aus: Was die Rede des Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als auch für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner bei der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgeblichen Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewaltsame Beseitigung in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Doktrinerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher [illegible] Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. [illegible] hat mich die geringschätzige Bemerkung der Kritik des Obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trotzki. Wir ersehen die Geschichte der Gründung dieser großen Republik und diese Kritik ihres Obersten Gerichtshofes über einen Punkt dieser Geschichte für die Darstellung der zwischen uns schwebenden [illegible] immerhin nicht ohne Bedeutung.

Zu [illegible] nehme ich aber mit Befriedigung Notiz von dem Schlusse der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die sachliche Diskussion und Klärung der [illegible]

daß wir dann in wenigen Tagen soweit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortung zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können, oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trotzki erklärte hierauf seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er

in der Frage der Zurückziehung der Truppen

in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnten, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Insoweit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in den verlesenen Texten angeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlage angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag, vormittags 11 Uhr, anberaumt.

Zwei weitere Sitzungen.

Brest-Litowsk, 19. Januar. (W. T.-B.) Am 18. d. M. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen, der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1 betreffend das Territorium eingetreten wurde. Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst auf die früher bereits besprochene Frage der

Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete

zurückgreifend an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, damit sie Gelegenheit hätten, ihre russischerseits bestrittenen Rechte bezw. ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär **von Kühlmann** gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatwerdung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Daß ohne eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker begrifflich sich von selbst ausschließe, bedürfe eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren kämen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann muß zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, daß diese Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumtiv anerkannt seien, oder aber sie kämen als Privatleute und hätten dann bei diesen Besprechungen nichts zu suchen.

Herr **Trotzki** erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner für notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien. Damit entfalle von selbst die wesentliche Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlages.

Im Anschluß an diese Erklärung stellte Staatssekretär **von Kühlmann** fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Basis nicht hätte vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Umstand an sich

nicht notwendigerweise zum Scheitern

der Verhandlungen führen müsse, da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine bestätigende Volkskundgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedeutung dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würden die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Volkskundgebungen als konstituierende oder konfirmierende anzusehen seien, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Indem Herr **Trotzki** zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf den bisher behandelten Gebieten wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, daß, wenn die seiner Ansicht nach erforderliche Voraussetzung für die Volksabstimmungen gewährleistet sei, es für die praktische Lösung der Frage in der Tat gleichgültig sei, welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgend einem Zeitpunkt präsumtiv anerkannt worden sei. Folglich komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteiles zu gewährleisten und zur Sicherung der Bedeutung der Willensäußerung sei es nötig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte.

Bei der Erörterung des von Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlages für die Vornahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und

spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß

einzusehen, schnitt Herr **Trotzki** sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, die Schicksale der fraglichen Gebiete mit dem Verlaufe und weiteren Gange des Krieges zu verknüpfen. Freilich werde durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf den anderen Fronten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne [illegible] eine bestimmte Form nennen zu wollen, daß die Frage der [illegible] Schicksale der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden könne mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Kühlmann wies demgegenüber zunächst darauf hin, [illegible] ein großes Entgegenkommen darin, [illegible] bereits erklärt hätten, die unter den [illegible]

[illegible]

falls man in den anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. Da jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines wieder aufflammenden Kampfes an der Ostfront bei der Fortsetzung des Krieges an anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei als nach Abschluß des allgemeinen Friedens, so könne er es also als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel II des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit Abschluß des allgemeinen Friedens rechne. Weitere Sicherungen als im Artikel I vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trotzki entgegnete, daß in der Regelung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblickt werden könne.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsche, möglichst bald den durch den Krieg geschaffenen Zuständen ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus den dargelegten Gründen untunlich sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsitzung

wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär v. Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes zu Ende geführt, und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns angeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgend welcher Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zum zweiten zur Diskussion stehenden Punkt, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bezw. der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bezw. Wahl das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb derer diskutiert werden kann, sind folgende:

Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jener militärisch organisierten Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das sichs handelt, in keiner Weise politisch sich betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu. Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte des Staatssekretärs von Kühlmann, doch zum Thema zu sprechen, namentlich zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine Abstimmung stattfinden könne, die nach der beiderseitigen Ansicht als eine gültige und nicht durch militärischen Druck beeinflußte Willenskundgebung anzusehen sei, erklärte Herr Trotzki, er müsse sich

erst über die Räumungsfrage

völlige Klarheit verschaffen, die er bis jetzt noch nicht habe.

Staatssekretär v. Kühlmann entgegnete, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß durch die Erörterung vom Morgen die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt scheine. Wenn das nicht der Fall sei, so habe er nichts dagegen, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema weiter erörtere. Er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage kommenden militärischen Erwägung eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würde. Es sei für jeden klar, daß selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie, zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherheitsdienst in diesen weiten und unsicheren Gebieten innerhalb der Zeitspanne, in der die Abstimmung herbeigeführt werden müsse, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß auf militärische Sicherung der Ordnung ganz verzichtet werden könnte. Das Programm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt und zu seiner Einhaltung bezw. Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit.

Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Räumungsentwurfs

eine Abstimmung oder Wahl unmöglich sei,

das heißt, ob bei der Gegenwart dieser bereits definierten geringen organisierten Kräfte die Abstimmungs- oder Wahltätigkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht.

Trotzki erklärte, er könne jetzt diese Frage nicht in einer Gestalt beantworten, die für die Verhandlungen von praktischer politischer Bedeutung sein würde, und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörenden Fragen, namentlich derjenigen von der Räumung der Truppen erst ein annäherndes Bild würde darüber verschaffen können, unter welchen Bedingungen die erwähnten Abstimmungen verlaufen würden. Zunächst könne er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung einen schweren Eintrag tun würde. Im engen Zusammenhang mit der oben behandelten Frage stehe die der Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn diese Flüchtlinge und Evakuierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgekehrt seien. Die in dem von der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegation überreichten Schriftstück vorgesehenen Formulierungen erschienen ihm zu einschränkend.

Staatssekretär von Kühlmann gab ohne weiters zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollen, in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden festzusetzen, ob und welche Ausnahmen man von dieser allgemeinen Regel statuieren würde. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Ueberblickes das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trotzki bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Politische Uebersicht.

Schlesien im Staatshaushalt.

Für den Bezirk der Eisenbahn-Direktion werden im neuen preußischen Haushaltsentwurfe gefordert:

Erweiterung des Bhf. Brieg, letzter Teilbetrag	39 000 Mk.
Erweiterung des Bahnhofes Görlitz, fernerer Teilbetrag	300 000 „
Verbindung der Ortsgüteranlage des Märkischen und des Freiburger Bahnhofes in Breslau sowie Erweiterung des Rangierbahnhofes Mochbern und Herstellung einer Verbindungsbahn Mochbern—Groß-Mochbern, fernerer Teilbetrag	300 000 „
Erbauung einer Lokomotivwerkstätte und Erweiterung des Bahnhofes in Oels, fernerer Teilbetrag	1 000 000 „
Umbau des Bahnhofes Liegnitz, fernerer Teilbetrag	1 000 000 „
Erweiterung des Bahnhofes Breslau Odertor, fernerer Teilbetrag	100 000 „
Umbau des Bahnhofes Kamenz (Schles.) fernerer Teilbetrag	300 000 „
Umbau des Bahnhofes Altwasser, fernerer Teilbetrag	1 000 000 „
Umbau der Brücke über die Alte Oder in Kilometer 16 der Strecke Breslau—Oels fernerer Teilbetrag	40 000 „
Erweiterung des Bahnhofes Schottwitz fernerer Teilbetrag	100 000 „
Umgestaltung der Lokomotivschuppenanlage I des Bhf. Breslau Hbf. fernerer Teilbetrag	100 000 „
Errichtung einer Kesselschmiede in der Hauptwerkstätte Breslau Od. fernerer Teilbetrag	200 000 „

Im Etat der Bauverwaltung wird zur Erweiterung des Oberpräsidial-Dienstgebäudes in Breslau ein zweiter Ergänzungsbetrag von 76 000 Mk. verlangt.

Zur Ausführung werden alle diese Bauten vorläufig nicht kommen, wenn die Mittel dafür auch bewilligt werden.

Der preußische Etat wurde am Mittwoch von dem Finanzminister Dr. Hergt mit einer längeren Rede im Abgeordnetenhause eingebracht. Er stellte die Finanzlage des Staates als ziemlich günstig und durch den Krieg nicht erschüttert hin.

Das Abgeordnetenhaus beriet darauf über Vereinfachung der Verwaltung. Die Regierung soll ermächtigt werden, diese Vorschläge durchzuführen. Es sprach dann noch als letzter Redner der Frauenstimmrechtsdebatte ein konservativer Antisemit namens Heine. Dann wurden die Ausschußanträge angenommen, alle weitergehenden Anträge abgelehnt und bezeichnenderweise eine Petition des Bundes gegen Frauenemanzipation der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Im Herrenhause hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der aus dem Ansiedlungsgesetz das Recht des Staates auf Enteignung polnischen Grundbesitzes in den Ostmarken streichen will. Das Herrenhaus überwies die Vorlage am Mittwoch einer Kommission, in die es die bewährtesten Hakatisten entsandte. Die weitere Sitzung war belanglos und ohne Debatte.

Dem Herrenhaus ging folgender Antrag zu: Graf von Behr-Behrenhoff, Graf v. Keyserlingk-Neustadt und Dr. Graf Yorck v. Wartenburg: Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die königliche Staatsregierung auf den Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß die dem deutschen Kaiser im Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden.

Amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Bautzen-Kamenz wurden nach endgiltiger Feststellung abgegeben: Für Justizrat Heremann (kons.) 6986, Landtagsabgeordneten Uhlig (Sozialdemokrat) 6451, Kaufmann Pudor (fortschr. Volkspartei) 3520 Stimmen, zersplittert waren zwei, ungültig 76 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Herrmann und Uhlig erforderlich. Die später aufgetauchten höheren Zahlen haben auf einem Rechenfehler beruht.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Bautzen-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt worden.

Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers v. Payer hat sich, wie die „Köln. Ztg." hört, soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wird aufnehmen können.

Aus aller Welt.

Haussuchung beim Neuköllner Magistrat. In dem gegen den Neuköllner Magistrat eingeleiteten Ermittlungsverfahren erschien Dienstag mittag im Auftrage der Staatsanwaltschaft der Leiter der Neuköllner Kriminalpolizei, der Kriminalinspektor Berlin nebst dem Kriminalkommissar Dr. Köhl, um beim Magistrat eine Haussuchung abzuhalten. Es handelt sich um die vom Staatsanwalt verlangte Herausgabe der magistratlichen Lieferungsbücher und Handelsabschlußdokumente, von denen bisher der Magistrat nur eine Abschrift ohne Unterschrift vorlegte, während er im übrigen gegen die Herausgabe der Magistratsakten Protest einlegte.

Zu den Dessauer Vorfällen. Oberstadtsekretär Kampfhenkel, der mit einem anderen städtischen Beamten wegen der Veruntreuung beim städtischen Lebensmittelverkauf in Untersuchungshaft genommen war, hat sich in der vergangenen Nacht durch Erhängen das Leben genommen. Gegen den Oberbürgermeister ist auf seinen Antrag und den Antrag der Staatsregierung das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Wieder eine Spionin in Frankreich erschossen. Der langen Reihe der in Frankreich wegen angeblicher Spionage erschossenen Frauen, reiht sich Maria Avice an, die letzte Woche in Marseille erschossen wurde.

Eine schwere Explosion. In dem Fabrikraum der A. E. G. in Berlin, Brunnenstraße, entstand am Mittwoch vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den im Raume anwesenden Personen wurde die 26jährige Arbeitersfrau Ida Kuczewski, deren Ehemann im Felde steht, in Stücke gerissen. Durch umherfliegende Eisen-, Holz- und Glassplitter wurden verletzt fünf Arbeiterinnen. Gleichzeitig erlitten die Verunglückten infolge sich entwickelnder Sauerdämpfe Vergiftungen.

Zwei Züge zusammengefahren. Zwischen den Stationen Jungfernheide und Westend fuhr ein Personenzug des Nordrings, der Stadtbahn Berlins, bei der Blockbude F. 23 auf einen dort haltenden anderen Nordring-Zug auf, der noch keine Einfahrt in die Station Westend hatte. Der Zusammenprall war so erheblich, daß einer der Wagen vollständig zertrümmert wurde. Von den Insassen des Zuges erlitten 10 Personen zum Teil schwere Verletzungen. Wahrscheinlich hat der Lokomotivführer des anfahrenden Zuges das Haltesignal übersehen und ist darüber hinaus gefahren. Näheres kann erst die Untersuchung ergeben.

Unter den Dolomiten.

Roman von Konrad Telmann.

30] (Nachdruck verboten.)

Nirgends aber trank man einen besseren Enzianbranntwein, als in der Sägemühle von St. Ulrich. Die Gesichter jener, welche die Spitzgläser jetzt an die Lippen führten und die Augenbrauen dabei hochzogen, bewiesen es deutlich genug, und dann erreichte die lärmende Fröhlichkeit ihren Höhepunkt. Auch von den älteren Männern ließ sich jetzt manch einer verführen unter der Einwirkung des berauschenden Trankes, der ihm neues Feuer in die Adern goß, am Tanze teilzunehmen, und es kam zu allerlei possierlichen Auftritten dabei, welche die allgemeine Lust nur noch steigerten.

Auch der Orgelbauer begann nun seine gewagtesten Späße, welche wieherndes Gelächter hervorriefen. Der war einst ein von Hause aus wohlhabender und im ganzen Puster- und Ampezzotal bis weit nach Welschland hinein wohlbekannter Mann gewesen, den man wegen seiner Kunstfertigkeit im Orgelbau hochschätzte und der ehemals jahrein jahraus durchs Land zog, um überall die Kirchenorgeln auszubessern und zu stimmen. Das hatte ihm reichen Gewinn eingebracht und er hätte sich sein eigenes Gütchen in Sillian kaufen können, wo er behaglich wohnte, wenn es nichts für ihn zu tun gab. Aber das Umherstreifen, bei dem man ihn überall mit einem guten Trunk willkommen geheißen, zumal er allezeit guter Laune und ein trefflicher Erzähler gewesen, war ihm zur Gewohnheit geworden, er war dem Spieler zum Opfer gefallen, hatte sein Haus und Gut vertan und strich seitdem als ein [illegible] Lodner durchs Land, selten nur noch nüchtern genug, um sein früheres Gewerbe ausüben zu können und sich das Geld für die Befriedigung seiner Gelüste zu verdienen. Wo es eine Hochzeit gab, auf zwanzig Meilen in der Runde, war er immer dabei und immer gern gesehen. Denn in Schnurren und Schnaderhüpfln war er unerschöpflich, und wenn er erst einen Liter Roten getrunken hatte, gab es keinen lustigeren und unterhaltenderen Gesellschafter in der Welt als ihn. Später, wenn er seiner Sinne nicht mehr Meister war, ließ man ihn seinen Rausch in einem Heustadel ausschlafen, [illegible]

und seine großen, wasserblauen, verglasten Augen listig zwinkerten und es unablässig um seine Mundwinkel zuckte. Und je weiter die Zeit vorrückte, desto derber und anstößiger wurden seine Schnurren, und desto enger rückte man um ihn zusammen, und desto lauter dröhnte das Gelächter der schmunzelnden und trinkenden Männer, die rittlings auf ihren Holzstühlen um ihn her saßen. Und dazwischen stampften und scharrten die schweren, schleifenden Schritte der Tanzenden, hallten die Jodelschreie und das Kreischen der Weiber. Und der Sägemüller Anton Porter blickte, die Hände in den Hosentaschen, die Pfeife im linken Mundwinkel, mitten in dies tolle, lustige Getöse hinein, während der verbissene Ingrimm über das Fehlschlagen seiner Hoffnungen noch immer an ihm zehrte, und er die Zähne fest aufeinander pressen mußte, um nicht in diese ausgelassene Festfröhlichkeit hinein seinen Zorn zu schreien und die Burschen zu lästern.

Innocenz hielt es endlich an der Zeit, zu gehen. Er hätte schon lange sich aus dem wilden Trubel am [illegible], wenn ihn nicht der Pfarrer Antholzer vorher darauf aufmerksam gemacht hätte, daß er dadurch dem Hause, in das man ihn geladen, den größten Schimpf antue, der sich erdenken ließ. So hatte er bisher mit Frau Aloysia Porter im Gespräch zusammengesessen, und sie war es auch, die ihn jetzt bis vor die Tür geleitete, als er Abschied nahm. Die Gattin des Sägemüllers war eine stille, fromme Frau, mit der sich wohl reden ließ. Sie hatte etwas Demütiges und Gedrücktes in ihrem Wesen, das mit der prahlenden [illegible] ihres Mannes in schroffem Widerspruch stand, vielleicht durch dieses erst hervorgerufen worden war. „Ich bitt' Euch, Hochwürden", sagte sie draußen unter der Tür, „sprecht bald wieder bei uns vor!"

Dabei bückte sie sich hinab, um dem Mönch die Hand zu küssen, als sie plötzlich eine Gestalt gewahrte, die von dem Hause [illegible], um hin und wieder einen Blick durch die Fenster in das Innere des Raumes [illegible] in diesem Augenblick geschah das [illegible]

man ihm kein großes Gewicht bei. Es werde eine Ohnmacht sein, meinten die Weiber, die sich hilfbereit herandrängten, wahrscheinlich sei die Aloysia zu fest geschnürt oder sie sei zu rasch aus dem heißen Saal in die kühle Nachtluft hinausgekommen. Man trug sie auf ihr Bett und löste ihr die Kleider. Dann rieb man ihr die Schläfen mit Branntwein ein und flößte ihr auch davon ein, bis sie endlich die Augen wieder aufschlug. Sie war sichtlich bei voller Besinnung, aber ein [illegible] Entsetzen lag in ihrem Blick, während ihre Lippen geschlossen blieben und sie sich manchmal mit der Hand langsam über die Stirn hinstrich, als wollte sie sich klar darüber werden, ob sie das [illegible] geträumt habe oder nicht.

Inzwischen war die Gestalt draußen vor dem Fenster verschwunden. Innocenz hatte den Mann schon nicht mehr gesehen, als er die besinnungslose Frau den andern Weibern übergeben hatte und sich nun nach ihm umsah. Drinnen erklärte Aloysia jetzt, daß sie wieder völlig wohl und daß ihr vorher nur ein jäher Schreck in die Glieder gefahren sei, sie wolle nun ruhen und man möge sie wieder allein [illegible], aber um keinen Preis in der [illegible] Festlichkeit stören lassen. Damit gingen die Weiber, und im Saal [illegible] der Lärm des Tanzes fort; der unbedeutende Vorfall war vergessen.

Da ging auch der Mönch dem Pfarrhause zu. Er hatte es jedoch noch nicht erreicht, als [illegible]

Der Zweikampf Kühlmann-Trotzki in Brest.

Die weiteren Verhandlungen.

Die schriftlichen Formulierungen.

Brest-Litowsk, 15. Januar. (WTB.) Am 14. Januar, 5 Uhr nachmittags, hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung ab.

Staatssekretär **v. Kühlmann**

teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form pünktlich zu beantworten. Er halte aber die Art, gegenseitig mit formulierten Schriftstücken zu verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und wenig fördernd. Es werde sich empfehlen, die Materien durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu beauftragen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und, falls diese nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte feststellen. Hierauf gelangte die materielle

Antwort der Verbündeten

zur Verlesung, in der es heißt:

Die russischen Vorschläge, betreffend die besetzten Gebiete Rußlands weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Sie tragen nicht den Charakter eines Kompromisses, sondern stellen sich als eine einseitige russische Forderung dar.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert, ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von ihnen angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung bieten kann. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in dem neuen Staatsgebilde seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen weiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken. Von großer Bedeutung ist das Urteil des obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahre 1808, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika für voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündigung ihrer Unabhängigkeit ab, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands, im Vertrage vom Jahre 1782. Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgend welche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen dürfen, ebenso davon, daß für die russische Regierung die Grundaufgabe der Verhandlungen nicht darin beruhe, um in irgend welcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der gesamten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen. In diesem Zusammenhange wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableite, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum Äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Stellt man sich aber auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein berechtigtes Recht besitzt, so sind in der Tat:

Umfang des Territoriums,
Politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes,
Uebergangsregime und
Form der Willenskundgebung

die vier Punkte, über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Bevölkerungsmehrheit maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden sich historisch ergeben, völkische Einheiten.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben oder die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen jeder Art freie Hand behalten.

Zu 2: Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenigen Zahlen zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe nötig sind.

Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann erwogen werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Zeit zu Zeit zugesagt. Diese Frage kann einer besonderen Kommission übertragen werden.

Zu 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug. Mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens soll aber den gewählten Vertretern der Bevölkerung in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an der Verwaltungsorganisation eingeräumt werden.

Zu 4: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, festzustellen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete bestätigen soll.

Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unmöglich. — Auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatsbildungen, wie z. B. der Ukraine und Finnlands, sind nicht im Wege eines Referendums erfolgt.

Diese weitgehenden Vorschläge bilden den äußersten Rahmen, innerhalb dessen die verbündeten Regierungen eine friedliche Regelung noch erhoffen können. Eine Verständigung ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernsten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen. Nur bei der Berücksichtigung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Lösung bei Rußland festhalten.

Hierauf ergriff Herr Trotzki das Wort

[illegible]

mann entstanden wären. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formelle Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht fußte. Er müsse aber auf das kategorischste gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erklärt. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache, und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiet Gewaltmaßregeln gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Anschließend daran führte Herr Trotzki u. a. aus: Die beiden Beispiele, die General Hoffmann angeführt hat, charakterisieren in keiner Weise unsere Politik.

Der weiß-russische Kongreß

setzte sich zusammen aus den Vertretern der weiß-russischen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des weiß-russischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von den Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen vertreten waren. Ich wies schon in meiner formalen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konflikte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran gehindert haben, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen.

Herr Trotzki kam hierauf auf

das Schicksal der besetzten Gebiete

zu sprechen. Er meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation bestärken kann über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte und die Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Aussprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, um ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Verhandelns anlange,

so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschiedenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber Rußland auferlege. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe hinreichend ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Ausscheiden aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreichs sie nicht verhindern. Herr Trotzki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Aeußerung abzugeben über den Charakter der Erklärung, die heute verlesen worden sei.

Hierauf ergriff Staatssekretär von Kühlmann das Wort

und führte nachstehendes aus: Was die Rede des Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als auch für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner bei der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewaltsamen Uebergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Ueberrascht hat mich die geringschätzige Bewertung der Urteile des Obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trotzki. Mir erschien die Geschichte der Gründung dieser großen Republik und diese Urteile ihres Obersten Gerichtshofes über einen Punkt dieser Geschichte für die Beurteilung der zwischen uns schwebenden Kontroverse immerhin nicht ohne Bedeutung.

Im übrigen nehme ich aber mit Befriedigung Notiz von dem Schlusse der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Dahin ist mein Bestreben von der ersten Stunde unserer Arbeiten an gegangen, und ich war der Auffassung, daß die beiden schriftlichen Darstellungen der gegenseitigen Standpunkte, wie sie vor der Weihnachtspause erfolgt waren, als Unterlage für die Diskussion genügende Formulierung gebildet hätten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten,

[illegible] über die vier Punkte

[illegible]

daß wir dann in wenigen Tagen soweit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortung zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können, oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trotzki erklärte hierauf, seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er

in der Frage der Zurückziehung der Truppen

in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnten, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Insoweit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär **v. Kühlmann** darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in den verlesenen Texten angeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlage angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag vormittags 11 Uhr anberaumt.

Zwei weitere Sitzungen.

Brest-Litowsk, 19. Januar. (W. T.-B.) Am 15. d. M. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen, der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1 betreffend das Territorium eingetreten wurde. Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst auf die früher bereits besprochene Frage der

Zulassung von Vertretern der besetzten Gebiete

zurückgreifend an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, damit sie Gelegenheit hätten, ihre russischerseits bestrittenen Rechte bezw. ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär **von Kühlmann** gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatwerdung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Daß ohne eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker begriffsmäßig sich von selbst ausschließe, bedürfe eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren kämen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann muß zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, daß diese Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumtiv anerkannt seien, oder aber sie kämen als Privatleute und hätten dann bei diesen Besprechungen nichts zu suchen.

Herr Trotzki erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner für notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien. Damit entfalle von selbst die wesentliche Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlages.

Im Anschluß an diese Erklärung stellte Staatssekretär **von Kühlmann** fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Basis nicht hätte vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Umstand an sich

nicht notwendigerweise zum Scheitern

der Verhandlungen führen müsse, da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine bestätigende Volkskundgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedeutung dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würden die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Volkskundgebungen als konstituierende oder konfirmierende anzusehen seien, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Indem **Herr Trotzki** zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf den bisher behandelten Gebieten wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, daß, wenn die seiner Ansicht nach erforderliche Voraussetzung für die Volksabstimmungen gewährleistet sei, es für die praktische Lösung der Frage in der Tat gleichgültig sei, welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgend einem Zeitpunkt präsumtiv anerkannt worden sei. Folglich komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteiles zu gewährleisten und zur Sicherung der Bedeutung der Willensäußerung sei es nötig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte.

Bei der Erörterung des von Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlages für die Vornahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und

spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß

einzusetzen, schnitt Herr Trotzki sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, die Schicksale der fraglichen Gebiete mit dem Verlaufe und weiteren Gange des Krieges zu verknüpfen. Freilich werde durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf den anderen Fronten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig eine bestimmte Form nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden könne mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Kühlmann wies demgegenüber zunächst darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter dem Artikel 1 der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierungen fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Demobilisierung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen seitens der Verbündeten in diesem [illegible] Punkte halte er nicht für ausgeschlossen.

falls man in den anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. Da jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines wieder aufflammenden Kampfes an der Ostfront bei der Fortsetzung des Krieges an anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei als nach Abschluß des allgemeinen Friedens, so könne er es also als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel II des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen der nicht mit Abschluß des allgemeinen Friedens rechne. Weitere Sicherungen als im Artikel I vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trotzki entgegnete, daß in der Regelung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblickt werden könne.

Staatssekretär **v. Kühlmann** stellte fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsche, möglichst bald den durch den Krieg geschaffenen Zuständen ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus den dargelegten Gründen untunlich sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsitzung

wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär v. Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes zu Ende geführt, und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns angeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgend welcher Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zum zweiten, zur Diskussion stehenden Punkt, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bezw. der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bezw. Wahl das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb derer diskutiert werden kann, sind folgende:

Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jener militärisch organisierten Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das sichs handelt, in keiner Weise politisch sich betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu. Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte des Staatssekretärs von Kühlmann, doch zum Thema zu sprechen, namentlich zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine Abstimmung stattfinden könne, die nach der beiderseitigen Ansicht als eine gültige und nicht durch militärischen Druck beeinflußte Willenskundgebung anzusehen sei, erklärte Herr Trotzki, er müsse sich

erst über die Räumungsfrage

völlige Klarheit verschaffen, die er bis jetzt noch nicht habe.

Staatssekretär **v. Kühlmann** entgegnete, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß durch die Erörterung vom Morgen die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt scheine. Wenn das nicht der Fall sei, so habe er nichts dagegen, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema weiter erörtere. Er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage kommenden militärischen Erwägung eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würde. Es sei für jeden klar, daß selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie, zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherheitsdienst in diesen weiten und unsicheren Gebieten innerhalb der Zeitspanne, in der die Abstimmung herbeigeführt werden müsse, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß auf militärische Sicherung der Ordnung ganz verzichtet werden könne. Das Programm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt und zu seiner Einhaltung bezw. Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit.

Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Räumungsentwurfs

eine Abstimmung oder Wahl unmöglich sei,

das heißt, ob bei der Gegenwart dieser bereits definierten geringen organisierten Kräfte die Abstimmungs- oder Wahltätigkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht.

Trotzki erklärte, er könne jetzt diese Frage nicht in einer Gestalt beantworten, die für die Verhandlungen von praktischer politischer Bedeutung sein würde, und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörenden Fragen, namentlich derjenigen von der Räumung der Truppen erst ein annäherndes Bild würde darüber verschaffen können, unter welchen Bedingungen die erwähnten Abstimmungen verlaufen würden. Zunächst könne er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung einen schweren Eintrag tun würde. Im engen Zusammenhang mit der oben behandelten Frage stehe die der Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn diese Flüchtlinge und Evakuierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgekehrt seien. Die in dem von der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegation überreichten Schriftstück vorgesehenen Formulierungen erschienen ihm zu einschränkend.

Staatssekretär **von Kühlmann** gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollen, in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden festzusetzen, ob und welche Ausnahmen man von dieser allgemeinen Regel statuieren würde. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Ueberblickes das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trotzki bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Politische Uebersicht.

Schlesien im Staatshaushalt.

Für den Bezirk der Eisenbahn-Direktion werden im neuen preußischen Haushaltsentwurfe gefordert:

Erweiterung des Bhf Brieg, letzter Teilbetrag	39 000 Mk.
Erweiterung des Bahnhofes Görlitz, fernerer Teilbetrag	300 000 „
Verbindung der Ortsgüteranlage des Märkischen und des Freiburger Bahnhofes in Breslau sowie Erweiterung des Rangierbahnhofes Mochbern und Herstellung einer Verbindungsbahn Mochbern—Groß-Mochbern, fernerer Teilbetrag	300 000 „
Erbauung einer Lokomotivwerkstätte und Erweiterung des Bahnhofes in Oels, fernerer Teilbetrag	1 000 000 „
Umbau des Bahnhofes Liegnitz, fernerer Teilbetrag	1 000 000 „
Erweiterung des Bahnhofes Breslau Odertor, fernerer Teilbetrag	100 000 „
Umbau des Bahnhofes Camenz (Schles.) fernerer Teilbetrag	300 000 „
Umbau des Bahnhofes Altwasser, fernerer Teilbetrag	1 000 000 „
Umbau der Brücke über die Alte Oder in Kilometer 16 der Strecke Breslau—Oels fernerer Teilbetrag	40 000 „
Erweiterung des Bahnhofes Schottwitz fernerer Teilbetrag	100 000 „
Umgestaltung der Lokomotivschuppenanlage I des Bhf. Breslau Hbf. fernerer Teilbetrag	100 000 „
Errichtung einer Kesselschmiede in der Hauptwerkstätte Breslau Od. fernerer Teilbetrag	200 000 „

Im Etat der Bauverwaltung wird zur Erweiterung des Oberpräsidial-Dienstgebäudes in Breslau ein zweiter Ergänzungsbetrag von 10 000 Mk. verlangt.

Zur Ausführung werden alle diese Bauten vorläufig nicht kommen, wenn die Mittel dafür auch bewilligt werden.

Der preußische Etat wurde am Mittwoch von dem Finanzminister Dr. **Hergt** mit einer längeren Rede im Abgeordnetenhause eingebracht. Er stellte die Finanzlage des Staates als ziemlich günstig und durch den Krieg nicht erschüttert hin.

Das Abgeordnetenhaus beriet darauf über Vereinfachung der Verwaltung. Die Regierung soll ermächtigt werden, diese Vorschläge durchzuführen. Es sprach dann noch als letzter Redner der Frauenstimmrechtsdebatte ein konservativer Antisemit namens Heine. Dann wurden die Ausschußanträge angenommen, alle weitergehenden Anträge abgelehnt und bezeichnenderweise eine Petition des Bundes gegen Frauenemanzipation der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Im Herrenhause hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der aus dem Ansiedlungsgesetz das Recht des Staates auf Enteignung polnischen Grundbesitzes in den Ostmarken streichen will. Das Herrenhaus überwies die Vorlage am Mittwoch einer Kommission, in die es die bewährtesten Hakatisten entsandte. Die weitere Sitzung war belanglos und ohne Debatte.

Dem Herrenhaus ging folgender Antrag zu: Graf von Behr-Behrenhoff, Graf v. Keyserlingk-Neustadt und Dr. Graf Yorck v. Wartenburg: Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die königliche Staatsregierung auf den Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß die dem deutschen Kaiser im Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden.

Amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Bautzen-Kamenz wurden nach endgültiger Feststellung abgegeben: Für Justizrat Herrmann (kons.) 6986, Landtagsabgeordneten Uhlig (Sozialdemokrat) 6451, Kaufmann Pudor (fortschr. Volkspartei) 3520 Stimmen, zersplittert waren zwei, ungültig 76 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Herrmann und Uhlig erforderlich. Die später aufgetauchten höheren Zahlen haben auf einem Rechenfehler beruht.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Bautzen-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt worden.

Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers v. Payer hat sich, wie die „Köln. Ztg." hört, soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wird aufnehmen können.

Aus aller Welt.

Haussuchung beim Neuköllner Magistrat. In dem gegen den Neuköllner Magistrat eingeleiteten Ermittlungsverfahren erschien Dienstag mittag im Auftrage der Staatsanwaltschaft der Leiter der Neuköllner Kriminalpolizei, der Kriminalinspektor Berlin nebst dem Kriminalkommissar Dr. Köhl, um beim Magistrat eine Haussuchung abzuhalten. Es handelt sich um die vom Staatsanwalt verlangte Herausgabe der magistratlichen Lieferungsbücher und Handelsabschlußdokumente, von denen bisher der Magistrat nur eine Abschrift ohne Unterschrift vorlegte, während er im übrigen gegen die Herausgabe der Magistratsakten Protest einlegte.

Zu den Dessauer Vorfällen. Oberstadtsekretär Kampfhenkel, der mit einem anderen städtischen Beamten wegen der Veruntreuung beim städtischen Lebensmittelverkauf in Untersuchungshaft genommen war, hat sich in der vergangenen Nacht durch Erhängen das Leben genommen. Gegen den Oberbürgermeister ist auf seinen Antrag und den Antrag der Staatsregierung das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Wieder eine Spionin in Frankreich erschossen. Der langen Reihe der in Frankreich wegen angeblicher Spionage erschossenen Frauen, reiht sich Maria Avice an, die letzte Woche in Marseille erschossen wurde.

Eine schwere Explosion. In dem Fabrikraum der A. E. G. in Berlin, Brunnenstraße, entstand am Mittwoch vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den im Raume anwesenden Personen wurde die 26jährige Arbeitersfrau Ida Kuczewski, deren Ehemann im Felde steht, in Stücke gerissen. Durch umherfliegende Eisen-, Holz- und Glassplitter wurden verletzt fünf Arbeiterinnen. Gleichzeitig erlitten die Verunglückten infolge sich entwickelnder Sauerdämpfe Vergiftungen.

Zwei Züge zusammengefahren. Zwischen den Stationen Jungfernheide und Westend fuhr ein Personenzug des Nordrings, der Stadtbahn Berlins, bei der Blockbude F. 23 auf einen dort haltenden anderen Nordring-Zug auf, der noch keine Einfahrt in die Station Westend hatte. Der Zusammenprall war so erheblich, daß einer der Wagen vollständig zertrümmert wurde. Von den Insassen des Zuges erlitten 10 Personen zum Teil schwere Verletzungen. Wahrscheinlich hat der Lokomotivführer des anfahrenden Zuges das Haltesignal übersehen und ist darüber hinaus gefahren. Näheres kann erst die Untersuchung ergeben.

Unter den Dolomiten.

Roman von Konrad Telmann.

20] (Nachdruck verboten.)

Nirgends aber trank man einen besseren Enzianbranntwein, als in der Sägemühle von St. Ulrich. Die Gesichter jener, welche die Spitzgläser jetzt an die Lippen führten und die Augenbrauen dabei hochzogen, bewiesen es deutlich genug, und dann erreichte die lärmende Fröhlichkeit ihren Höhepunkt. Auch von den älteren Männern ließ sich erst manch einer verführen unter der Einwirkung des berauschenden Trankes, der ihm neues Feuer in die Adern goß, am Tanze teilzunehmen, und es kam zu allerlei possierlichen Auftritten dabei, welche die allgemeine Lust nur noch steigerten.

Auch der Orgelbauer begann nun seine gewagtesten Späße, welche wieherndes Gelächter hervorriefen. Der war einst ein von Hause aus wohlhabender und im ganzen Puster- und Ampezzotal bis weit nach Welschland hinein wohlbekannter Mann gewesen, den man wegen seiner Kunstfertigkeit im Orgelbau hochschätzte und der ohnedies jahrein durchs Land zog, um überall die Kirchenorgeln auszubessern und zu stimmen. Das hatte ihm reichen Gewinn eingebracht und er hatte sich sein eigenes Gütchen in Sillian kaufen können, wo er behaglich wohnte, wenn es nichts für ihn zu tun gab. Aber das Umherstreifen, bei dem man ihn überall mit einem guten Trunk willkommen geheißen, zumal er allzeit guter Laune und ein trefflicher Erzähler gewesen, war ihm zur Gewohnheit geworden, er war dem Enzeler zum Opfer gefallen, hatte sein Haus und Gut vertrunken und strich seitdem als ein Lump oder Loder durchs Land, selten nur noch nüchtern genug, um sein früheres Gewerbe ausüben zu können und sich das Geld für die Befriedigung seiner Gelüste zu verdienen. Wo es eine Hochzeit gab, auf zwanzig Meilen in der Runde, war er immer dabei und immer gern gesehen. Denn in Schnurren und Schnadahüpfln war er unerschöpflich, und wenn er erst einen Liter Roten getrunken hatte gab es keinen lustigeren und unterhaltsameren Gesellschafter in der Welt als ihn. Später, wenn er seiner Zunge nicht mehr Meister war, ließ man ihn seinen Rausch in einem Heustadel ausschlafen, dann trollte er sich wieder davon. Heute hielt er sich ungewöhnlich lange aufrecht. Seine langen, blonden Locken, die ihn auf der Kanzel wie eine Johannes-Gestalt erscheinen ließen, umrahmten das bärtige, wohlgebildete Gesicht, das er in beide Hände gestützt hatte. So saß er am Tische vor seinem Glase und erzählte seine Geschichten oder sang mit [illegible]

rend seine großen, wasserblauen, verglasten Augen listig zwinkerten und es unablässig um seine Mundwinkel zuckte. Und je weiter die Zeit vorrückte, desto derber und anstößiger wurden seine Schnurren, aber desto enger rückte man um ihn zusammen, und desto lauter dröhnte das Gelächter der schmauchenden und trinkenden Männer die rittlings auf ihren Holzstühlen um ihn her saßen. Und dazwischen stampften und scharrten die schweren, schleifenden Schritte der Tanzenden, gellten die Juchschreie und das Kreischen der Weiber Und der Sägemüller Anton Porter blickte, die Hände in den Hosentaschen, die Pfeife im linken Mundwinkel, mitten in dies tolle, lustige Gelärm hinein, während der verbissene Ingrimm über das Fehlschlagen seiner Hoffnungen noch immer an ihm zehrte, und er die Zähne fest aufeinander pressen mußte um nicht in diese ausgelassene Festfröhlichkeit hinein seinen Zorn zu schreien und die Lustigen zu lästern.

Innocenz hielt es endlich an der Zeit, zu gehen. Er hätte schon lange sich aus dem wilden Trubel davongeschlichen, wenn ihn nicht der Pfarrer Antholzer vorher darauf aufmerksam gemacht hätte, daß er dadurch dem Hause, in das man ihn geladen, den größten Schimpf antue, der sich erdenken ließ. So hatte er bisher mit Frau Aloysia Porter im Gespräch zusammengesessen, und sie war es auch, die ihn jetzt bis vor die Tür geleitete, als er Abschied nahm. Die Gattin des Sägemüllers war eine stille, fromme Frau, mit der sich wohl reden ließ. Sie hatte etwas Demütiges und Gedrücktes in ihrem Wesen, das mit der protzigen Großtuerei ihres Mannes in scharfem Widerspruch stand, vielleicht durch dieselbe erst hervorgerufen worden war. „Ich bitt' Euch, Hochwürden", sagte sie draußen unter der Tür, „kommt bald wieder bei uns vor!"

Dabei bückte sie sich herab, um dem Mönch die Hand zu küssen, als sie plötzlich eine Gestalt gewahrte, die vor dem Hause umherstrich, um hin und wieder einen Blick durch die Fenster in das Innere des lärmerfüllten Saales zu tun. Und in diesem Augenblick geschah das abermals. Der Lichtschein von innen fiel auf ein verwildertes, bärtiges Gesicht, aus dem zwei lodernde Augen hervorbrachen. Und Aloysia Porter starrte wie gebannt danach hinüber. Sie ließ die Hand des Mönches los, ein Schauer rann ihr durch den Leib hin, unter dem er zu erstarren schien, dann schrie sie plötzlich gellend auf: „Jesus, Maria und Josef!" Und mit verlöschender Stimme hinterdreinlallend, danach: „Der Seppl! Der Windisch' Seppl!" Dann lag sie besinnungslos am Boden.

Drinnen in dem wilden Gelärm des Festsaals hatte man den gellenden Aufschrei nicht gehört. So tobte unbekümmert weiter. Der Mönch, der sich erschrocken über die [illegible]

man ihm kein großes Gewicht bei. Es werde eine Ohnmacht sein, meinten die Weiber, die sich hilfsbereit herzudrängten, wahrscheinlich sei die Aloysia zu fest geschnürt oder sie sei zu rasch aus dem heißen Saal in die kalte Nachtluft hinausgekommen. Man trug sie auf ihr Bett und löste ihr die Kleider. Dann rieb man ihr die Schläfen mit Branntwein ein und flößte ihr auch davon ein, bis sie endlich die Augen wieder aufschlug. Sie war sichtlich bei voller Besinnung, aber ein starres Entsetzen lag in ihrem Blick, während ihre Lippen geschlossen blieben und sie sich manchmal mit der Hand langsam über die Stirn hinstrich, als wollte sie sich klar darüber werden, ob sie vorher geträumt habe oder nicht.

Inzwischen war die Gestalt draußen vor den Fenstern verschwunden. Innocenz hatte den Mann schon nicht mehr gesehen, als er die besinnungslose Frau den andern Weibern übergeben hatte und sich nun nach ihm umsah. Drinnen erklärte Aloysia jetzt, daß sie wieder völlig wohl und daß ihr vorher nur ein jäher Schreck in die Glieder gefahren sei, sie wolle nun ruhen und man möge sie wieder allein, sich selbst aber um keinen Preis in der festlichen Lustigkeit verstören lassen. Damit gingen die Weiber, und im Saal dröhnte der Lärm des Tanzes fort; der unbedeutende Vorfall war vergessen.

Da ging auch der Mönch dem Pfarrhause zu. Er hatte es jedoch noch nicht erreicht, als sich von einem der fernstehenden Grabkreuze des Friedhofs plötzlich eine dunkle Gestalt ablöste und gerade auf ihn zugeschritten kam. Innocenz war nicht furchtsam, aber unwillkürlich schlug sein Herz doch rascher, und seine Faust ballte sich, als er festen Leibes den Mann erwartete. „Verzeiht, Hochwürden", raunte dieser mit einer heiseren Stimme und in einer fremd anklingenden Mundart, während er, dicht in einen braunen Lodenmantel gehüllt, sich vor dem Mönch demütig beugte, „welch' ein Fest feiert man da drinnen in der Sägemühle?"

Innocenz sagte es ihm. Da schlug der andere ein wildes Gelächter auf. „Und dazu gibt die Kirche ihren Segen!" schrie er. „O Christus Jesus! Da soll einer ein [illegible] und an den lieben Herrgott glauben!" Er [illegible] fort, als er grußlos davonstürmte.

Der Mönch sah ihm kopfschüttelnd nach, bis er in der Nacht verschwand. War das nicht derselbe Mann gewesen, der vorher durch das Fenster in den Tanzsaal [illegible] und vor dem die Frau des Sägemüllers so [illegible] war? Ein Verwilderter schien es zu sein [illegible] noch hallte es Innocenz in den Ohren nach, [illegible] mit so unverhohlenem Hohn gerufen hatte. „Und [illegible] an den lieben Herrgott glauben!" [illegible]

Briefkasten.

A. B. Selbst wenn der von Ihnen gerügte Mißstand zugegeben ist, können wir den in diesem Winter ohnehin schwer geplagten Hausmeistern und Hausmeisterinnen nicht noch die Polizei auf den Hals schicken.

Untffz. B. B. 1. Solche Vorschriften gibt es nicht; diese Befördenung hängt einzig vom Willen der Vorgesetzten ab. 2. § 52: Krankheiten der Unterleibsorgane.

K. M. 62. Es erben Ihre Frau und Ihr Bruder, wenn kein Testament vorhanden ist. Durch ein Testament kann der Bruder von dem Erbe ausgeschlossen werden, denn der Bruder ist nicht pflichtteilsberechtigt. Ja, Sie können das Testament selbst schreiben und auch unterschreiben; nur dann ist es gültig.

Alter Landsturm. Sie rühmen sich, so viel durchgemacht zu haben; aber Ihren Namen verschweigen Sie. Daran ist das nicht.

Söhnel VII 69. Sie irren; die höhere Feldbesoldung wird erst vom 21. 12. 17 an gezahlt; wenden Sie sich an Ihre Vorgesetzten.

Untffz. Sch. Besten Dank; Ihre Ansicht finden Sie in Nr. 5 der „Volkswacht" unter der Ueberschrift „Die Sergeantenlöhnung" ausführlich vertreten.

Untffz. K. Es bleibt bei dem, was Ihnen seinerzeit von uns mitgeteilt wurde.

Sergt. A. Wie groß diese Bezügungen sind, das ist uns nicht bekannt; sicherlich sind sie sehr bedeutend.

A. K. 100. Es ist schon so, wie Ihrem Bräutigam gesagt wurde. Er dient noch seine gesetzliche Zeit ab und während dieser braucht er zum Heiraten eine Erlaubnis. Dagegen ist nichts zu machen.

B., Paradiesstraße. Uebergeben Sie die Sache der städtischen Preisprüfungsstelle Ohlauer Straße 1, II. (Corneee).

K. A., Kattern. Nein, dazu ist die Mutter nicht berechtigt. Sie muß die Sachen herausgeben; tut sie es nicht, so muß sie verklagt werden.

Untffz. L. F. Sie sind doch kein Hilfsdienstpflichtiger. Gegen den Abzug ist nichts einzuwenden; er ist gesetzlich zulässig.

Kriegsinvalide B. 1. und 2. So oft sie nötig sind, müssen Ihnen die Schuhe bewilligt werden. 3. Wenden Sie sich ans Bezirkskommando.

J. S. in Stabau. Wir haben Ihnen schon längst geantwortet. Den vorgeschlagenen Lehrer müssen Sie annehmen und den Tabak können Sie auch nach auswärts verkaufen.

B. F. in Hindenburg. Das Kriegselterngeld kann (nicht muß) den bedürftigen Eltern gezahlt werden, wenn Sie von dem gefallenen Sohne ganz oder überwiegend ernährt worden sind.

M. R., Lohestraße. Soviel uns bekannt ist, ja.

D. in Strehlen. Gewiß, Ihr Lohn ist nicht zu groß, aber Sie sind auch nicht bedürftig im Sinne des Gesetzes, um Kriegselterngeld zu erhalten. Deshalb wurden Sie abgewiesen und es hat gar keinen Zweck, jetzt wieder einen Antrag zu stellen. Was nicht geht, das geht eben nicht.

R. in Wiesbaden. 1. Das ist ein verdienter Frieden. 2. Ja, das können Sie, aber Ihr Antrag kann auch abgelehnt werden. Sie erhalten Rente, wenn Dienstbeschädigung anerkannt ist.

Frau O. in Radlub. Aus Ihrem sechs Seiten langen Briefe können wir nicht klug werden. Wir empfehlen Ihnen, an den Landrat zu schreiben, aber nicht sechs Seiten, sondern kurz und bündig.

S. in Seckendorf. Uneheliche Kinder bekommen kein Geld, keine Militärwaisenrente, wenn ihr Vater gefallen ist. Diese Kinder erhalten kann nur die Gebührnisunterstützung bis zum Kriegsschluß und außerdem kann ihnen eine einmalige Zuwendung bewilligt werden. Diese einmalige Zuwendung ist bei der Ortspolizei (Amtsvorsteher oder Polizeiverwaltung) zu beantragen.

R. K. in Schimischow OS. 1. Bis zum 1. Februar muß sich der Junge beim Bezirkskommando melden; er soll sich die Sache aber noch überlegen, denn ein Vergnügen ist es nicht. 2. Wie das möglich ist? Weil die Gesetze so lauten. Es muß gerichtliche Entscheidung beantragt werden.

Gefr. R. F., Kletschkaustraße. Sie müssen mit Ihrem Vorgesetzten darüber sprechen und dann vielleicht ins Sanitätsamt gehen.

„**An der Kaserne beschäftigte Frauen**". Leuten, die uns nicht einmal ihren Namen angeben und ihre Wohnung, denen können wir nicht helfen.

Landstm. K. H. Wir sind ganz Ihrer Meinung, aber viele Leute reisen nun einmal, trotz aller Ermahnungen, es nicht zu tun.

Landstm. G. S. Leute, die 45 Jahre und darüber sind, sollen laut Erlaß des Kriegsministers vom 19. 12. 16 aus der Front zurückgezogen werden, wenn sie darin mindestens sechs Monate gewesen sind. Wenden Sie sich an Ihre Vorgesetzten.

H. Th. Wegen des Urlaubs müssen Sie an Ihre Vorgesetzten herangehen oder Ihre Angehörigen müssen an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission schreiben.

W. K. 100. Ihre Frau oder Ihre sonstigen Angehörigen müssen ein Gesuch an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission (Landrat) schreiben; wir hoffen, es wird nützen.

A. S. in D. Das kommt ganz darauf an, wie er zu dieser Krankheit gekommen ist; ist sie auf Ehebruch zurückzuführen, so wäre das ein Scheidungsgrund.

O. T., Schmiedebrückstraße. 1. Nein, dagegen ist nichts zu machen. 2. Der Gemeindevorsteher ist in diesem Falle nicht zum Abstempeln verpflichtet. Schicken Sie nur das Gesuch ohne Stempel ab.

Landstm. B. Am besten ist es, Ihre Frau schreibt an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission; wir können darin nichts tun.

F. 29. 227. 1. Das wissen wir nicht; aber der Landrat wird es Ihnen mitteilen. 2. Es werden keine Mannschaften entlassen; uns ist davon nichts bekannt.

Untffz. R. A. Es steht Ihnen frei, einen Rentenantrag zu stellen, und wenn Kriegsdienstbeschädigung anerkannt wird, erhalten Sie später eine Rente, vielleicht auch einen Anstellungsschein.

K. 45. Das ist schon möglich. Schreiben Sie ein Gesuch an die Staatsanwaltschaft.

K. W. 17. In jedem Falle wird die Bekleidungsstützung noch für einen halben Monat nach der Entlassung gezahlt; was weiter geschieht, hängt davon ab, ob Sie bedürftig sind oder nicht.

Wiener-Neustadt. Es ist so, wie zuerst gesagt; näheres haben wir darüber in der „Volkswacht" vom 5. 1. 18 ausgeführt. Also aber, der jetzt Unteroffizier ist (ganz gleich wie lange) und im ganzen 5½ Jahre dient, erhält die Sergeantenlöhnung.

U. B. 107. Die Forderung ist nach weiter Ansicht nicht verjährt.

Wehrm. F. 1. Die „Volkswacht" ist bis zum 15. 2. 18 bezahlt. 2. Nach unserem Verzeichnis bedeutet 3 Krankheiten der Haut.

F. B. 45. Laut Kriegsministerialerlaß vom 19. 12. 16 sind alle Landsturmleute von 45 Jahren und darüber aus der vordersten Linie zurückzuziehen, wenn sie darin mindestens sechs Monate gewesen sind.

Landstm. A. B. Wegen Unterbringung heimatloser Urlauber sollen sich die Truppenteile nach einer Bestimmung des Kriegsministeriums durch die stellv. Generalkommandos an die Geschäftsstelle: Fürsorge für heimatlose Urlauber, Bürgel in Thüringen wenden. Sprechen Sie darüber mit Ihren Vorgesetzten.

Sch. in Gellendorf. Zwei Mal Zulage zur Weiterunterstützung im Kreise Münsterberg ist allerdings sehr wenig. Bitten Sie den Partei-Sekretär Schönwelder in Ober-Langenbielau, daß er sich Ihrer Sache annimmt und sie weiter verfolgt.

R., Strehlen. Nein, das darf der Wirt nicht.

W., Weißenburgerstraße. Für den Unfall-Fall, der von der fünften Woche an gezahlt wird, ist nicht der wirkliche Lohn entscheidend, sondern der ermittelte, wonach das Krankengeld berechnet wird. Der Unfallzuschuß wird nur gezahlt, wenn das Krankengeld nicht zwei Drittel dieses Grundlohnes beträgt. Wenn Sie meinen, nicht genug zu bekommen, dann wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat I K, Schulstraße 57, II.

W. G. Selbstverständlich bekommen auch die Leute mit Krankenrente die Zulage von 8 Mark. Sie ebenfalls.

P. U., Kanerom. 1. Sie müssen an die zuständige Berufsgenossenschaft schreiben. Wenn der Unfall in einem landwirtschaftlichen Betriebe vor, so melden Sie von die Rentenansprüche beim Landrat an; handelt es sich um einen Unfall in einem Bergwerksbetriebe, dann ist an die Knappschafts-Berufsgenossenschaft zu schreiben. 2. Versuchen Sie es mit einem Gesuch an den Regierungs-Präsidenten; am besten ist es, Sie übergeben die Sache dem Arbeiter-Sekretariat in Kattowitz, Holzstraße 37.

Frau D., Lewaldstraße. Wir können Ihnen nicht raten, etwas von der Miete abzuziehen. Dadurch entsteht neuer Streit, der am besten vermieden wird. Zahlen Sie nur die Miete und ersuchen Sie den Wirt, Ihnen Ratenzahlungen zu bewilligen.

Wurstsuppe, Enderstraße. Sie müssen uns wegen der Schweinereien in der genannten Fleischerei einige Zeugen benennen.

Obergefr. Sch. Hiesige Adressen dieser Art sind uns nicht bekannt. Die Truppenteile sollen sich in solchen Fällen, wie das Kriegsministerium bestimmt hat, durch die stellv. Generalkommandos wenden an die Geschäftsstelle: Fürsorge für heimatlose Urlauber, Bürgel in Thüringen.

L. 77. Die Vorschriften darüber sind uns nicht genau bekannt; reichen Sie doch ein Gesuch ein. Nach unserer Ansicht müßten Sie die Zulage bekommen.

H. S. Daß für solche Fälle besondere Vorschriften bestehen, davon ist uns nichts bekannt. Es empfiehlt sich, daß Ihre Angehörigen ein Gesuch an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission schreiben.

Feldpost. Eingegangen von J. S. Stock, Arm.-Komp.: 2 Mk. — Szymanek: 3 Mk., bez. bis 14. 4. — E. 403: 3 Mk. — Unteroffizier Otto Eißler: 2 Mk. — Landsturmmann W. Engelmann, Burg. IV/36: 2 Mk. bis 11. 3. 18 bez. — Pionier-Abteilung 5: 1.20 Mk. — Wehrmann Lyromski 3/455: Geld ist nicht angekommen. — Sergeant Robert Anlauf: 2 Mk., bis 17. 3. 18 bez. — Kanonier Ernst Fischöder, Pferdelazarett 852: Geld ist nicht angekommen. — Gefreiter Josef Gola, 51 2/37: 2 Mk., Zeitung kostet noch monatlich 1 Mk. — Gefreiter Ernst Gara, 9/62: 8 Mk., bis 19. 3. 18 bez. — Gefreiter Funda 9/353: 2 Mk., bis 19. 2. bez. — Reservist Friedrich Girron, Forstkommando: 1 Mk. — Kraftfahrer Josef Burkart: 2 Mk. — Landsturmmann G. Dubberke, 4/152: 1 Mk., Zeitung mit Geld kostet noch 1 Mk. — Landsturmmann Paul Firk, Stab 23: 3 Mk., bis 15. 4. 18 bez.

Sehprüfung
verlangt langjährige Erfahrung in der Brillenoptik. 9002
Fachmann seit 1877.
Optiker Garai, Albrechtsstraße 3.

Die Fortpflanzung
in ihrer natürlichen und kulturellen Bedeutung
von **Dr. Friedrich Siebert,**
Facharzt in München.
Gut broschiert
bisher 1.80, nur 0.80 Mk.
Buchhandlung „Volkswacht".

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke.
Bilz-Sinalco
Braune-Brause [illegible]
Gesundbrunnen, [illegible]
Thomas Krause, Gabitzstr. 84, Telephon 9711

Bäckereien und Konditoreien
Freith, Carl, Oderstrasse 38.
Kranz, Wilhelm, [illegible] 55.
Niesen, Jul., Steinauerstraße 8.

Berufskleidung, Wäsche
[illegible]

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Hauer Keller [illegible]
Brauerei „Zum Kugelhaus" [illegible]
Kellner Paul, [illegible]
Pfützner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Kern, Josef, Oderstrasse 3.
Menzel, F., [illegible]
Nitschke, Paul, [illegible] 53.
Schiel, Franz, [illegible]
Vogel, E., [illegible]
Wiesner, F. W., Brauerei, [illegible]

Blusen — Röcke
Neuheiten [illegible]

Drogen und Farben
[illegible]

Eisen- u. Stahlwaren
[illegible]

Eisenwaren- u. Werkzeughandl.
[illegible]

Fahrräder und Nähmaschinen.
[illegible]

Färberei u. Wäscherei
[illegible]
Kelling, W., [illegible]

[illegible]
Altonaer Fischhalle
[illegible]
„Nordsee"
Schmiedebrücke 19
rechts vom Ring aus.

[illegible]

Scholz, Georg, [illegible] 11.
Schwarz, R., [illegible] 18.
Stenzel, Josef, [illegible]
[illegible]

Galanterie- und Spielwaren
Gebr. J. Benjamin, [illegible] 12
Renner, Rudolph, [illegible]

Gardinen, Teppiche
Bielschowsky [illegible]
Benno Schenk [illegible]

Gasthäuser u. Hotels
[illegible]

Gelegenheitskäufe.
Grundmann, Klosterstr. 28
Anzüge, Gardinen, Teppiche, [illegible]

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.
[illegible]

Herren-Garderobe
[illegible]
Neumarkt 45
[illegible]
Meister, Gebr., [illegible]

Hüte und Mützen
Barth, M. [illegible]
[illegible]

Kinematographen
Eden-Theater [illegible]

Kolonialwaren
[illegible]

Konfitüren und Schokoladen.
[illegible]
Kahl, E., [illegible]

Korsetts
[illegible]

Lederwaren und Schürzen
[illegible]

Margarine — Lebensmittel
E. Abraham Friedr.-Wilhelm-straße 12 [illegible]

Manufaktur-Modewaren
Damen- u. Mädchen-Bekleidung:
Kostüme : Kleider
Mäntel : Jackette
Blusen und Röcke
aus Wolle, Voile oder Seide
in großer Auswahl am Lager.
Preise solide — strenge Bed.
[illegible]

Konsum- und Sparverein „Vorwärts"
für Breslau und Umgegend, e. G. m. b. H.
Breslau VIII, Tauentzienstraße 127—133.
15 000 Mitglieder — 13 Verkaufsstellen
Konsumvereinsmitglieder!
benützt Eure eigene
Sparkasse
Spargelder werden mit 4 Prozent verzinst.

Koch- und Eßwaren [illegible]
[illegible]
Lüdecke, Hugo [illegible]

Möbel-Magazine
[illegible]
Karsunky [illegible]

Musikalien-Instrumente
[illegible]

Papier- und Schreibwaren
[illegible]

Pelzwaren
[illegible]

Pfandleihen und Gelegenheitskäufe.
Grundmann, Klosterstr. 28
[illegible]

Photographische Ateliers
[illegible]

Putz, Moden
[illegible]

Schankwirtschaften
[illegible]

[illegible]

Schuhw. u. Schuhmacher
Christmann, [illegible] 36.
[illegible]

Central-Schuhhaus

[illegible]

Seifengeschäfte
[illegible]

Trauer-Kleidung
Benedix, A., Ring 1, [illegible]

Trauerschleier
[illegible]

Verkehrs-Institut

Restaurateure
Allert, W., [illegible] 50.
Herrmann, W., [illegible] 174.
Jädel, Emil, [illegible] 82. [illegible]
Hohenzollern-Garten Gute Küche, [illegible] Preis., Jed. Montag u. Donnerst. Freikonzert
Nußbaum Schmiedebrücke. Gute Küche. Kleine Preise.

Rossfleischerei u. Wurstfabrik
Griebsch, K., [illegible] 19.
[illegible]

Sargmagazine
Benedix, Geb., [illegible]

Schirme, Stöcke
Krause, Karl, [illegible] 11

Waren- u. Kaufhäuser.
Kaufhaus „Adler" [illegible]
Kaufh. Julius Friedländer, Neudorfstr. Nr. 76.

Wäsche, Trikotagen
Bartsch, A., Tauentzienstr. 173.
Böhnisch, Carl, Friedrich-Wilhelmstr. 21
Bielschowsky [illegible] Nikolaistr. 75—76
Friedländer, G., [illegible]
Hauschner, Fr. [illegible]

Weiss- und Wollwaren
Hoffmann, Auguste, Rosenthalerstr. 61
Kaufhaus H. Kuh, Fried.-Wilhelmstr. 92, 5% Rabatt.
König Karoline [illegible]
Langer, G., [illegible] 5% Rabatt.
[illegible]

Werkzeuge, Baumaschinen
[illegible] 12

Wild- und Geflügel.
Adler, [illegible]

Zahn-Ateliers
Martha Gellert, [illegible] 151
[illegible]

Zahntechnik.
Karl Titus Horion, Ohlauerstr. 15, II. Tel. 7973

Zigarren u. Zigaretten
Gutmann, [illegible]
Hamann, G., Gräbschenerstr. 41.
Klinkle, Posenerst. 1, Fil. Augustast. 12
Langner, Wilhelm, [illegible] 38.
Maiwald, Georg, [illegible] 60.
Rolle, E., (Inh. Karl Wahler), [illegible] 9.
Seidel, Herm., Rosenthalerstr. 16.

Scheitniger Lokale
Wirth, Karl, [illegible] 103.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brieg
Arbeiter-Konfektion.
Wilbner, [illegible] 1.
Bierbrauereien.
Brieger Stadtbrauerei A.-G.
Bürgerliches Brauhaus [illegible]
Holz- u. Kohlenhandlung.
Triller, Carl, [illegible] 55.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Urbanetz, [illegible] 11/12. [illegible]
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.
[illegible] Ring 27
[illegible] 30.
Möbel- u. Sarg-Magazin.
[illegible] 16/17.
Uhren und Goldwaren.
[illegible]
Zigarr., Zigarett., Papierwar.
[illegible]

Bunzlau
Trikotag., Weiss- u. Wollwar.
[illegible]

Jauer
Seifen, Parfümerien.
[illegible] 26

Neumarkt
Bier-Brauerei.
[illegible]

Ohlau
Möbel, Konfektion, Schuhwar.
Kreusel, Karl, Ring
Manufakturwaren, Damen- und Herren-Konfektion.
[illegible]
Zigarren und Zigaretten.

Nähere Umgebung Breslaus

Cosel
Bäckerei.
[illegible]

Dt.-Lissa-Stabelwitz
Arbeiter-Bekleid., Schuhwar.
Brauer. Kaufhaus, [illegible] 19.
Manufakturw., Arbeiterkonf.
[illegible] 1

Lokale a. d. Oder
Restaurateure.
[illegible]

Oswitz
Restaurateure.
Restaurant „Zur Gräschelbrücke".
[illegible]
Schaube, Wilhelm, Oswitz.

Gr.-Mochbern.
Bäckerei und Konditorei.
[illegible]
Kolonialw., Drogen, Fahrräd.
[illegible]
Schnittwaren, Kolonialwaren.
[illegible]

Rosenthal.
Restaurateure.
[illegible]

Kl.-Tschansch
Bäckerei.
[illegible]
Kolonialwaren.
[illegible]

[illegible] Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. [illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Januar.

Es gibt weniger Seifenpulver!

Bisher gab es monatlich auf den Kopf 50 Gramm Feinseife und ½ Pfund Seifenpulver. Jetzt hat der Reichskanzler angeordnet, vom 14. Januar 1818 an gibt es nur noch ein Viertelpfund Seifenpulver. Bis auf weiteres berechtigen die auf Seifenpulver lautenden Abschnitte der Seifenkarte nur zur Abgabe der Hälfte der darauf verzeichneten Menge an Seifenpulver.

Die Holzsohle.

In der „Neuen Zeit" schreibt der Reichstagsabg. Genosse H. Krätzig:

„Auch Stiefelsohlen aus Textilose gibt es, so stark und preiswert, daß wir wünschen: Zum Teufel mit den unzweckmäßigsten aller Kriegssohlen, den Holzsohlen! Eine unzweckmäßigere, gefährlichere Sohle wie die Holzsohle konnte wirklich nicht erfunden werden. Es scheint fast so, als habe man eine Preisbewerbung ausgeschrieben für die Hervorbringung einer Stiefelsohle, mit der es gelingt, recht viele Knochenbrüche herbeizuführen. Die Sächsische Kunstweberei von Claviez A.-G. in Adorf ist allein auf eine Jahresproduktion von 26 Millionen Stiefelsohlen aus ausgezeichnet imprägniertem Textilosegeflecht eingerichtet. Das Verkaufsmonopol aller Arten Kriegsersatzsohlen hat die Kriegssohlengesellschaft. Die aber hat sich besonders kapriziert auf den Vertrieb von Holzsohlen und nutzt die Produktion der Textilosesohlen nicht aus. Dabei sind die Sohlen sehr billig. Ein Paar Sohlen für Männerstiefel kosten 2,50 Mk."

Wir haben schon manches Beispiel von einseitiger Beratung der Kriegsgesellschaften erlebt und man geht wohl nicht fehl, wenn man die Holzsohlen der Kriegssohlengesellschaft auf die Beratung durch nicht ganz unvoreingenommene Sachverständige oder Interessenten zurückführt. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat vollkommen recht, wenn er verlangt, daß die Kriegssohlengesellschaft offen erklärt, weshalb sie der Holzsohle zuliebe einen großen Betrieb brach liegen läßt und weshalb sie der deutschen Zivilbevölkerung die Holzsohle aufdrängt, obwohl es, wie Krätzig behauptet, eine bessere und wohlfeile Sohle gibt.

Besichtigung von Groß-Betrieben durch schlesische Landwirte.

Am Montag, den 14. und Dienstag, den 15. Januar fand wiederum eine von der Aufklärungsabteilung beim stellvertretenden Generalkommando VI. A.-K. veranstaltete Reise schlesischer Landwirte zur Besichtigung industrieller Werke und zwar diesmal nach Saarau und Breslau statt.

Die Teilnehmer, etwa 30 Personen, fuhren Montag unter Führung des Herrn Hauptmann Giesche zunächst nach Saarau und besichtigten dort die vereinigten Schamottefabriken (vorm. C. Kunitz). Daran schloß sich nachmittags die Führung durch die Silesia-Aktiengesellschaft, chemische Fabriken in Ida- und Marienhütte. In beiden Betrieben wurden durch die Direktoren eingehende Erläuterungen über die Arbeitsbedingungen und über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter gegeben. Schließlich wurden die Maschinenfabrik von Kunitz sowie die Arbeiterversuchsanstalt der Werke in Augenschein genommen. Nach der Rückfahrt fand in Breslau eine Zusammenkunft mit Vertretern des Magistrats statt; dazu waren erschienen: die Stadträte Dr. Wagner und Jungfer, sowie Gartenbaudirektor Dannenberg. Stadtrat Dr. Wagner gab ein allgemeines Bild von der wirtschaftlichen Lage Breslaus. Er schilderte die Schwierigkeiten und legte dar, daß die weitverbreitete Ansicht, als verdürben Nahrungsmittel nicht richtig sei. Die Landwirtschaft müsse alles hergeben, was irgend möglich sei, damit wir durchhalten könnten. Er erkannte die Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft zu kämpfen hat, ausdrücklich an, wies aber gleichzeitig in eindringlichen Worten auf das stille Heldentum hin, das sich tagtäglich in den großen Städten und Industriebezirken zeigt. Ueber die Gemüse-, Obst- und Kartoffelversorgung und deren Schwierigkeiten berichtete sodann Stadtrat Jungfer. Hauptmann Giesche sprach namens des Generalkommandos sowohl als auch der Landwirte den beiden Lebensmittelzentralen der Stadt Breslau für ihre eindrucksvollen Ausführungen seinen Dank aus. Am Dienstag vormittag wurden die Landwirte durch die einzelnen Betriebe der Linke-Hoffmann-Werke geführt und bekamen ebenso wie tags zuvor in Saarau Kostproben aus der Arbeiterküche vorgesetzt.

Mit der Besichtigung der städtischen Kartoffellagerung in Pöpelwitz und einiger Lebensmittellagerräume in der Stadt unter Führung von Gartenbaudirektor Dannenberg fand die Veranstaltung ihren Abschluß. Sie hat sicherlich wieder dazu beigetragen, das Verständnis der Landwirte für die Kriegsbedürfnisse der Stadt und ihrer Arbeiter zu vertiefen.

Der Verband der schlesischen Presse

hielt am Dienstag abend im Bayerischen Hofe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, wo der Vorsitzende Franz Peters, erster Redakteur der „Schlesischen Volkszeitung", über seine Eindrücke von der Fahrt deutscher Pressevertreter nach Bulgarien und an die mazedonische Front berichtete. An der Versammlung nahmen auch die Herren der Presseabteilung des stellv. Generalkommandos teil. Der Redner schilderte den großartigen, herzlichen und begeisterten Empfang, der den 12 deutschen Pressevertretern allüberall auf der etwa 14tägigen Reise bereitet wurde, die außerordentliche gastliche Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit, die ihnen in gleicher Weise von den bulgarischen Kollegen, von den höchsten staatlichen, militärischen, geistlichen und kommunalen Behörden, wie von der ganzen Bevölkerung, von alt und jung, erwiesen wurde. Zum Schlusse seines fast zweistündigen Berichtes faßte der Redner die Bedeutung und Ergebnisse der Fahrt für die in Bulgarien so hoch geachtete Presse und für die Ausgestaltung und Festigung der auf dem Schlachtfelde erprobten Beziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland zusammen. Er kennzeichnete besonders die Aufgaben, die der Presse und Diplomatie darin zufallen. Beide gehörten so, wie Graf Oberndorff, der deutsche Gesandte in Sofia, bei dem den deutschen Pressevertretern gegebenen Frühstück betonte, zusammen; beide übten eine hohe Kunst aus, und das Instrument, auf dem sie spielen, sei das Edelste, das sich denken lasse — die Seele der Völker.

* **In der Goldankaufstelle** sind in der Zeit vom 15. Dezember 1917 bis 11. Januar 1918 Goldsachen im Gesamtwerte von 6858 Mark eingeliefert worden. Insgesamt 1.041 706,41 Mark. In der gleichen Zeit wurde Platina im Werte von 714 Mark eingeliefert. Insgesamt 6332 Mark. Juwelen insgesamt 55.755,20 Mark.

Rüstungsarbeiter-Vorstellung im Stadttheater.

Die nächste Vorstellung für kriegsbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen im Stadttheater findet am kommenden Sonntag, den **20. Januar, nachmittags um 2 Uhr,** statt. Zur Aufführung gelangt die Oper „Zar und Zimmermann". Die Billets werden am Sonnabend, nachmittags von 3 bis 6 Uhr an der Kasse des Stadttheaters ausgegeben.

Breslaus Bevölkerung im Oktober.

Im Oktober hat die Bevölkerung Breslaus erheblich zugenommen, wenn auch nicht in dem Maße, wie es in Friedenszeiten im Oktober die Regel war. Die Zunahme berechnet sich auf 1133 Personen, wie immer unter dem Vorbehalt, daß es sich dabei nur um die standesamtlich und polizeilich meldepflichtige Bevölkerung handelt. Die bei den hiesigen Standesämtern aufgenommenen Todesfälle von Kriegsteilnehmern sind nach wie vor nicht berücksichtigt.

Geboren wurden im Berichtsmonat 565 Kinder mit 18 Totgeborenen, im Tagesdurchschnitt also 18,2. Die Zahl der Todesfälle (ohne Kriegsteilnehmer) betrug 692, die der Eheschließungen 349, unter ihnen 153 Kriegstrauungen.

Die Zahl der gemeldeten Fremden mit Urlaubern und durchreisenden Militärpersonen betrug im Oktober 29850. Von diesen waren gemeldet in Hotels und Gasthöfen 20 054, in Herbergen und Missionen 1853, in Krankenhäusern 1246, in Fremdenheimen 1701, in Privatwohnungen 4996.

Die Krankenkassen im Oktober.

Die unter Aufsicht des Versicherungsamts stehenden Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen hatten Anfang Oktober 144 048 Mitglieder (56 693 männlich, 87 355 weiblich) gegen 144 906 (57 595 m., 87 311 w.) am 1. September, 132 101 (67 079 m., 65 022 w.) am 1. Oktober 1914, 134 652 (82 554 m., 52 098 w.) am 1. Oktober 1913. Die Zahlen zeigen besonders die Inanspruchnahme der Frauenwelt für gewerbliche Betätigung infolge des Krieges.

Butterbezieher.

Alle die Haushaltungen, die Butter von einem hiesigen Butterabgeber (auf Buttermarken) entnehmen, dürfen nicht versäumen, die jetzt wieder neu ausgegebenen, zum großen Teil in den Brotmarkenheften enthaltenen Buttermarken rechtzeitig, d. i. für die Woche vom 21. Januar bis 27. Januar bis spätestens Sonntag, den 20. Januar, bei einem Butterhändler abzugeben. Säumige setzen sich der Gefahr aus, keine Butter zu erhalten.

Früherer Unterrichtsbeginn.

Das Provinzialschulkollegium Breslau hat bestimmt, daß von Montag, den 18. Februar, ab der Unterricht wieder um 8 Uhr seinen Anfang nimmt.

Die Rache des Geprügelten.

Am Montag hatte sich der 16jährige Pferdejunge Paul Janek vor dem hiesigen außerordentlichen Kriegsgericht wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu verantworten. Der Junge war bei dem Gutsbesitzer Herrmann in Ober-Mois, Kreis Neumarkt beschäftigt. Der eingezogene Gutsbesitzer kam im Sommer auf Urlaub. Da er bemerkte, daß er die Pferde schlecht putzte und auch schlecht behandelte, prügelte er ihn tüchtig durch. Als der Junge erfuhr, daß H. am 22. Dezember wieder auf Urlaub kommen sollte, ging er auf den Heuboden und warf ein brennendes Streichholz in die Spreu. Alles ging auch sofort in Flammen auf und es entstand ein Schaden von 20 000 Mk. J. gibt an, die Tat aus Rache für die Prügel verübt zu haben. Er wird unter Ablehnung mildernder Umstände zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. — Der Gutsbesitzer, der den Pferdejungen geprügelt und ihn dadurch gewissermaßen zu der gewiß nicht gutzuheißenden Tat gereizt hat, geht straffrei aus, denn die Gesindeordnung gibt ihm ja das Recht zu leichten Züchtigungen.

Diebespech.

Die beiden 17 Jahre alten Arbeiter, Wilhelm Gawlok und Karl Knave hatten sich in der Nacht vom 28. zum 29. November vorgenommen, einen großen Einbruch auszuführen. Mit Rucksäcken, Dietrichen und einem offenen Messer bewaffnet, machten sie sich auf den Weg. Zunächst kamen sie zu einem Gastwirt auf der Friedrich-Wilhelmstraße. Mit einem Nachschlüssel verschafften sie sich Zugang zum Schankraum. Doch kaum hatten sie die Ladenkasse geöffnet und 44 Pf. entnommen, als sie ein Schließer der Wach- und Schließgesellschaft ertappte und festnahm. Am Freitag standen beide vor der 2. Strafkammer um sich wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. G. wurde zu sechs Monaten, K. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Eiserne Kreuze** haben erhalten August Sternahl, Hermann Kreier, Karl Günther, Karl Schäßler und Herbert Schneille, die sechs wohnen Hildebrandtstraße Nr. 12 und sind von Beginn des Krieges an eingezogen. Letzterer erhielt die gleiche Auszeichnung der Schriftsetzer Viktor Brandt und der Eisenhobler Hermann Urban.

* **Die städtische Müllabfuhr** soll am Freitag, den 18. Januar wieder in vollem Umfange aufgenommen werden. Da nur die für diesen Betrieb vorhandenen Gespanne verfügbar sind, können die in den Grundstücken angesammelten Müllmengen nur nach und nach fortgeschafft werden; es empfiehlt sich, immer vollständig gefüllte Eimer an die Wagen heranzubringen, damit die Fortschaffung der angesammelten Müllmengen schnell und glatt von statten geht.

* **Beim Versicherungsamt der Stadt Breslau** sind im Dezember 1917 insgesamt 341 Rentenanträge und außerdem 91 Anträge auf Gewährung der Ehrengabe eingegangen. Unter den Rentenanträgen befanden sich 173 Invaliden-, 59 Waisenrentenanträge, 31 Anträge auf Witwengeld, 10 auf Witwenrenten, 18 auf Altersrenten, und 50 Anwartschaftsbescheide betreffend. In 4 Sitzungen, die unter Zuziehung der Versicherungsvertreter abgehalten wurden, sind in mündlicher Verhandlung 120 Sachen erledigt worden. Die übrigen Sachen wurden mit dem Gutachten des Vorsitzenden den Versicherungsträgern übersandt oder in anderer Weise erledigt. Unter den Invalidenanträgen befinden sich 85 Anträge von Kriegsverletzten und 37 Anträge auf Rentenentziehung.

* **Abhanden gekommen** ist am 7. Januar auf dem Wege von der Taschenstraße nach der Gartenstraße eine Brieftasche mit 905 Mk.; am 12. Januar auf dem hiesigen Hauptbahnhof Wertpapiere über 3000, 2000, 200 und 100 Mark deutsche Reichsanleihe.

* **Einbrecher.** In der Nacht zum 16. Januar traf ein Schutzmann an der Gräbschenerstraße an der Unterführung zwei Männer an, die vor ihm die Flucht ergriffen, nachdem sie einen Rucksack und einen schwarzen Sack, die sie trugen, fortgeworfen hatten. In den fortgeworfenen Paketen befanden sich sechs Kaninchen und sechs Hühner, die offenbar von einem Einbruch herrühren.

* **Wettersturz.** Fast ebenso wechselvoll wie die Verhandlungen in Brest-Litowsk ist auch das Wetter. Jetzt haben wir das schönste, klare Winterwetter, in der nächsten Stunde ist ein Schneetreiben, Sturm oder Regen, daß man keinen Hund hinter dem Ofen hervorjagen möchte. Gestern Mittwoch hatten wir richtiges Frühlingswetter, das Thermometer stieg bis auf 12 Grad Wärme und zeitweise regnete es ziemlich stark. Durch die Wärme und den Regen wurden die Schneehaufen zwar immer schwärzer, aber sie sanken auch zusehends zusammen, große Pfützen nach den Bürgersteigen zu bildend. Abends kurz vor 7 Uhr hatten wir das zweite Wintergewitter in diesem Jahre, das von einem fürchterlichen Sturm und Platzregen begleitet war, zum Glück aber nur etwa 10 Minuten dauerte. Das Thermometer fiel um 2 Grad und heute morgen war wieder 1 Grad Kälte.

* **Deutscher Eisenbahner-Verband.** (Ortsverwaltung Breslau.) Am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet bei Exner, Mauritiusplatz, die Generalversammlung statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Siehe Inserat in der Sonnabend-Ausgabe!

* **Der Verein Frauenwohl** veranstaltet am Sonnabend, den 19. Januar 8 Uhr abends in der Aula des Magdalenengymnasiums einen Vortragsabend, in dem Frl. Dr. Kalisky aus Berlin über Kriegsorganisationen und Übergangswirtschaft sprechen wird. Eine freie Aussprache soll sich anschließen.

* **Eindrücke von der West- und Ostfront.** Im Auftrage des Breslauer Ausschusses für Kriegsaufklärung spricht am 22. Januar d. J., abends 8 Uhr, im großen Schießwerdersaale Dr. Fischer aus Erfurt über persönliche Eindrücke an der West- und Ostfront. Dem Redner geht ein bedeutender Ruf voraus. An der Hand von Lichtbildern wird er besonders die wirtschaftlichen Leistungen des Heeres, die es an den Fronten auch für die Heimat vollbringt, zeigen. Der Eintritt ist — wie bisher — für jedermann frei.

* **Abhanden gekommen** ist am 14. Januar auf dem Wege von der Junkernstraße nach dem Tauentzienplatz eine braune Brieftasche mit etwa 500 Mk.; an demselben Tage in der Elektrischen Straßenbahn Linie 2 eine braune Brieftasche mit etwa 300 Mk.

* **Was alles gestohlen wird.** In der Nacht zum 15. Januar ist aus der Flügeltür im Hause Weißenburgerstraße 25 die Glasscheibe 60 × 150 Zentimeter groß, im Werte von 30 Mk. herausgenommen und entwendet worden.

* **Einbruch in ein Schuhgeschäft.** In einer der letzten Nächte wurde ein Laden im Hause Teichstraße 2 erbrochen und es sind daraus 30 Paar gebrauchte Herren- und Damenschuhe, 10 Paar davon bereits besohlt, ferner zwei Paar neue hohe Damenschuhe, ein Paar hohe Herrenstiefel, drei Paar neue Schäfte, drei Pfund Sohlenleder und für 50 Mark Konsummarken, also insgesamt Gegenstände im Werte von 600 Mark gestohlen worden.

* **Bodenkammerdiebstahl.** In der Zeit vom September bis Januar sind aus einer verschlossenen Bodenkammer Rehdiger Platz 4 zwei Gesellschaftsdamenmäntel von grauem und modefarbenem Tuch, einer mit schwarzer Seide, der andere mit Sammet verlängert, entwendet worden.

* **Wer ist der Eigentümer?** In der Scheitniger Vorstadt traf in der Nacht zum 16. ein Schutzmann zwei Männer an, die ihm verdächtig schienen und die er daher anhielt. Den einen von ihnen einen wegen schweren Diebstahls vorbestraften Arbeiter, hielt er fest, dessen Begleiter jedoch vermochte zu entkommen, nachdem er einen Sack, den er getragen, fortgeworfen hatte. Darin wurden 240 Dosen Lederfett (Effektive) vorgefunden, die zweifellos gestohlen sind.

* **Bestohlene Eisenbahngüter.** Dieser Tage konnte eine Arbeiterin ermittelt und festgenommen werden, bei der eine Menge Wäsche- und Kleidungsstücke vorgefunden wurde, die offenbar aus Frachtstücken gestohlen worden sind. Die Frau gab selbst zu, einen Teil der Sachen aus Frachtstücken auf dem Bahnhof, wo sie beschäftigt war, geraubt zu haben. Die Sachen sind mit H. T. und C oder B. T., E. K. H. B. gezeichnet; die Eigentümer werden ersucht, sich im Zimmer 41/42 des Polizeipräsidiums zu melden.

Neueste Nachrichten.

Hannover, 16. Januar. Der mehrstündige starke Schneefall in der vergangenen Nacht, dem heute vormittag anhaltender Regen folgte, hat überaus große Verkehrsstörungen verursacht. Der Straßenbahnverkehr mußte fast völlig eingestellt werden. Der Zugverkehr leidet unter mehrstündigen Verspätungen. Auch der Telegraphenverkehr ist gestört.

Warschau, 15. Januar. (WTB.) Dem Streik der Arbeiter und Beamten der städtischen Betriebe hat sich auch das technische Personal der städtischen Theater angeschlossen. Eine Anzahl öffentlicher Wohlfahrtseinrichtungen, wie Feuerwehr und Miliz streiken nicht. Damen und Studenten haben sich auf Aufforderung des Stadtpräsidiums mit barmherzigen Schwestern zur Krankenpflege zur Verfügung gestellt. Die Ansprüche der Angestellten an die Stadt erstrecken sich nach Mitteilung des Magistrats auf mehrere Millionen. Der stellvertretende Stadtpräsident Dr. Zawiecki fordert zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Behördlicherseits sind Maßnahmen vorgesehen, um den Gang der für die Bevölkerung wichtigsten städtischen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Parteiangelegenheiten.

Genosse Hugo Friedlaender, ein Berliner Journalist, ist nach kurzem Leiden im 64. Lebensjahre gestorben. Friedlaender war als Gerichtsberichterstatter seit mehr als 45 Jahren für die Groß-Berliner und die deutsche Tagespresse tätig. In jungen Jahren war er Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Breslau, später und bis zu seinem Tode in Berlin.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir sachlich gehaltene Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.)

An die Eroberungssüchtigen und Kriegsverlängerer.

Täglich liest man in der Zeitung, unter welchen Bedingungen sich die „Vaterlandspartei" und Kriegsgenossen bereit finden würde, Frieden zu schließen. Nach dieser Seite kann ja der Krieg noch 4 Jahre dauern, sie können ruhig abwarten. Vielleicht sind die Herren so gut und geben unsere armen Männer, welche schon 3½ Jahre in französischer Gefangenschaft schmachten, einmal ab. Diese Armen haben ihr wirklich bald ein anderes Los verdient! Auch im Schützengraben als einfacher Soldat würden sie bald anderer Ansicht werden. Die Soldaten in Gefangenschaft wie im Schützengraben und wir Frauen brauchen keine schönen Reden, wir wollen alle keinen Ländergewinn, wir wollen Friedensschluß, wir wollen unsere Männer, Brüder und Söhne, wir wollen Friedens!

Viele Frauen aus Süd.

Schlesien und Posen.

Oeffentliche Frauen-Versammlungen

Sonntag, den 20. Januar,

in Rauße bei Maltsch a. O., im Saale des Herrn Pauser, nachm. 4 Uhr.

in Margareth, Kreis Breslau, im Saale des Herrn Rindfleisch, nachm. 2 Uhr.

in Kl.-Leubusch, Kreis Brieg, im Saale des Herrn Langer, nachm. 2 Uhr.

in Gr.-Döbern, Kreis Brieg, im Saale der Frau Habrich, nachm. 5 Uhr.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:
1. „Die Aufgaben unserer Frauen jetzt und nach dem Kriege".
2. „Höhere Lehrunterstützung; Witwen- und Waisenfürsorge".
3. Freie Aussprache.

Redner sind: Genossin Frau Berta Lawatsch und die Genossen Neukirch und Scholich-Breslau. Nicht nur alle Frauen und Mädchen, sondern selbstverständlich auch Männer sind herzlich eingeladen. Die Einberufer.

Gemeindewahlen in Schlesien.

Vom 15. bis 30. Januar liegen in allen Landgemeinden die Gemeindewählerlisten bei den Gemeindevorstehern oder in einem von diesen bestimmten Raum aus, damit sich jedes Gemeindemitglied überzeugen kann, ob es auch in die Liste eingetragen ist. Es kommt oft vor, daß gerade Arbeiter und Handwerker in der Wählerliste fehlen. Dagegen muß in allen Fällen sofort Einspruch erhoben werden beim Gemeindevorsteher; denn wer auch am Tage der Wahl nicht in der Liste steht, darf nicht wählen, hat also sein Wahlrecht verloren und damit auch seinen Einfluß in der Gemeinde.

Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen waren in einigen Städten ein großer Teil der Arbeiter nicht in der Wählerliste verzeichnet, die es leider versäumt hatten, die Liste einzusehen oder durch andere einsehen zu lassen. Dadurch durften sie am Wahltage nicht wählen, obgleich alle Voraussetzungen für ihre Wählbarkeit zutrafen.

Es ist zulässig, daß ein Gemeindemitglied für mehrere oder alle abwesenden oder sonst verhinderten Personen die Liste einsehen kann.

Also aufgepaßt, Arbeiter und Genossen, keiner darf lau und lässig sein, und muß darauf halten, daß er auch wählen kann.

Formulare usw. zum Einsehen der Wählerlisten liefert das Partei-Sekretariat in Breslau I, Margaretenstraße 17. Dort werden auch Auskünfte über die Gemeindevertreterwahlen erteilt und Beschwerden über Unregelmäßigkeiten beim Auslegen der Wählerlisten angenommen.

Wohlau, 17. Januar. Schloßbrand. In der Nacht zum Sonnabend brannte das der Frau Oberstleutnant von Haugwitz gehörige Schloß in Groß-Sürchen vollständig nieder. Gerettet konnten nur einige Wertsachen und Gemälde werden.

Schweidnitz, 16. Januar. Gasexplosion. In einer im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung des dem Kaufmann Kolchlig in der Peterstraße gehörigen Grundstücks waren Reparaturen an der Gasleitung vorgenommen worden, bei denen eine Oeffnung unbemerkt zurückblieb. Als infolge des Gasgeruches der Wirt ein Streichholz zum Ableuchten der Leitung entzündete, explodierte das ausgeströmte Gas, drückte die Scheiben ein und setzte die Wohnung in Brand. Kolchlig erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen.

Bad Salzbrunn, 16. Januar. Ein verwegener Einbruch wurde in das hiesige Amtsgebäude unternommen. Der Einbrecher wurde von einem Nachtwachtbeamten überrascht. Auf dessen Anruf drohte der Einbrecher unter Vorhalten eines Revolvers, ihn zu erschießen, und es gelang ihm, durch ein Fenster zu entspringen.

Malapane, 16. Januar. Eine unerhörte Verbrechertat wurde in der Wohnung und in dem Laden eines älteren Fräuleins, das in Malapane ein kleines Spezereigeschäft betreibt, in der Nacht vom Sonntag zu Montag verübt. Nachts 3 Uhr drangen Einbrecher vom Garten aus durch ein Fenster in ein Wohnzimmer und von hier aus in das Schlafzimmer der Besitzerin, banden dieser mittelst eines Drahtes die Hände zusammen und stopften ihr die Zipfel des Bettes in den Mund. Hierauf durchsuchten die Diebe alle Schränke und Regale, packten alle vorhandenen Waren zusammen, auch einen Geldbetrag, und entfernten sich schwer bepackt erst früh zwischen 6 bis 7 Uhr, als die Hüttenarbeiter zur Schicht gingen. Das bestohlene Fräulein wurde an Brust und Gesicht mittelst einer sogenannten Kobehacke nicht unerheblich verwundet.

Oppeln, 14. Januar. Gassperre. Der Magistrat hat die Einführung von Gassperrstunden angeordnet. Gas wird nur abgegeben von früh 4½ bis 8½ Uhr vormittags, von 10½ bis 1 Uhr nachmittags, von nachmittags 4 Uhr bis 10½ Uhr abends.

Familiennachrichten.

Stumm schläft der Sänger!

Am 29. November 1917 starb im Lazarett zu Lübeck, infolge einer Verwundung, unser lieber Freund und Sangesbruder

Karl Köbe. 9714

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren **M.-G.-V. „Freiheit".**

Freie Religionsgemeinde. Das Mitglied **Gustav Müller** ist gestorben. Beerdigung: Freitag, d. 18. Jan., nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause Blücherstraße 5A.

Stadt-Theater. Donnerstag 7 Uhr: Der Waffenschmied. Freitag 7 Uhr: Ein Maskenball. Sonnabend 7 Uhr: Fidelio. Sonntag nachmittag 2 Uhr: Vorstellung für die [illegible] „Zar und Zimmermann". [illegible] Sonntag abend 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen".

Lobe-Theater. Donnerstag 7½ Uhr: „Liebe". Freitag 7½ Uhr: „Die beiden Seehunde".

Thalia-Theater. Donnerstag 7½ Uhr: Heimat. Freitag 7½ Uhr: „Die beiden Klingsberg".

Schauspielhaus. Operettenbühne. Telefon 2545. Donnerstag 7½ Uhr: „Die Rose von Stambul." Freitag 7½ Uhr: „Die Fledermaus". Sonnabend, Sonntag, Montag u. Dienstag 7½ Uhr: „Die Rose von Stambul". Sonntag nachm. 3½ Uhr: „Ein Walzertraum."

Dominikaner!!! Das glänzende Familien-Programm. Neu! Die Mädchenkapelle! Neu! Die 6 [illegible] Germanen. Carl Lilbergen, [illegible]

Teeka [illegible] Kräftig [illegible] 60 Pfg. [illegible] 60 Pfg. [illegible]

Liebich-Theater. Heute abends 7¼ Uhr: **Willy Prager** – **Dewyn u. Jerom**, Komischer Doppel-Balanceakt – **Lorch-Familie**, Die weltbekannten Ikarier – **3 Schwestern Klös**, Kraftturnerinnen – **Käti Starling**, „Ein Tanzwunder" – und der unübertreffliche **Neujahrs-Spielplan.**

Viktoria-Theater. Heute und täglich 8 Uhr: **Blatzheim** – Herzlich willkommen.

Nagel- und Fußpflege. Verkauf von Leibbinden. **Fr. E. Krumpel**, Teichstr. 26, I, Hauptbahnh.

Seefahrts-Personal. Junge Leute od. Handwerker aller Berufe, d. militärfrei sind u. zur See fahren wollen, erhalten Rat u. Auskunft [illegible] „Seemannsruh". [illegible] Wall 24.

Tücht. Landwirt [illegible] 30 J., [illegible] Damenbekanntschaft zwecks baldiger Heirat. [illegible] in ein größeres Gut. 9725 Gefl. Offerten unter Z. B. [illegible] an die Exped. der „Volkswacht".

Berichtigung! **Salzheringe** wurden ausgegeben [illegible] 1918 [illegible] nicht [illegible] zu 80 Pf. [illegible]

Deutscher Kaiser. M M. Theater-Varieté. Wieder ein ganz neues Programm! Anfang 7½ Uhr. Die neue Posse: **Maxe als Säugling** und der spannende Detektiv-Sketsch **Starkstrom!!** Dazu noch unter anderem Lona und Clown Beil's **Circus auf der Bühne.** Der berühmte Mimiker **Räuschle.** Der [illegible] Komiker **Fritz Waldow.** Feuerkünstler **Martialo** und die übrigen **Kunstkräfte.** Vorverkauf Barasch.

Circus Busch. Luisenplatz. Telefon 3824. Heute 7½ Uhr: **Assdt, der Hausmacher,** der durch ein Schlüsselloch kriecht. **Planet d. Granatenkönig,** fängt eine abgeschoss. Granate m. d. Händ. auf. **Dir. Blumenfelds Freiheitsdressuren** etc. und das übrige abwechslungsreiche Januar-Programm. Zum Schluß: Die große Prunk-Ausstattungs-Pantomime in 5 Akten: **Die Geierprinzessin.** Jeden Mittwoch und Sonntag nachmittags 3½ Uhr: Große Extra-Kinder-Vorstellung. Auf allen Sitzplätzen hat jeder Erwachsene ein Kind frei, weitere Kinder halbe Preise. Vorverkauf: Circuskasse u. Barasch.

Zähne. Plomben, Reparaturen, Umarbeitung, [illegible] Zahnersatz in einem Tage. **Schliebs**, Kreuzstr. 13.

Amtliche Anzeigen.

Achtundsechzigste amtliche Liste der Spenden zum Besten des Roten Kreuzes für die Provinz Schlesien.

In der Zeit vom 15. Dezember 1917 bis 14. Januar 1918 sind die nachstehend aufgeführten Spenden eingegangen:

Bei der Reichsbank-Hauptstelle Breslau:

Kreissparkasse Waldenburg i. Schles. 10 Mk. [illegible] 157,42 Mk. Durch die Schles. Volkszeitung 215 Mk. Durch die Schlesische Zeitung 455,31 Mk. Durch den Breslauer General-Anzeiger 207,20 Mk. Spende der Angestellten der Post- und Telegraphen-Verwaltung des Bezirks Breslau 500 Mk.

Bei der Dresdener Bank, Filiale Breslau:

Frau Emilie Gen, hier 3 Mk. [illegible], 10 Mk. [illegible] 50 Mk. [illegible] 10 Mk. Durch M. [illegible], Beuthen, aus einer [illegible] 7,45 Mark und 3,90 Mark. [illegible], z. Zt. [illegible] 20 Mk.

Bei dem Bankhause E. Heimann, Breslau:

[illegible] 10 Mk. Prof. Steinbeck hier, 5 Mk. [illegible] 3 Mk. [illegible] 5 Mk. Frl. [illegible] 3 Mk.

Bei dem Schlesischen Bankverein, Breslau:

Direktor [illegible], New York 900 Mk. Frau [illegible] 50 Mk. [illegible] 4 Mk. Kommerzienrat Emil [illegible], hier 3000 Mk. [illegible] 5000 Mk. Hauptstelle des Nordostdeutschen Gewerbeverbandes, Berlin-Wilmersdorf 2036,93 Mk.

Bei der Bureaukasse des Territorialdelegierten:

E. Hoffmann, Glogau 20 Mk. Landwirtschaftliche Zentral-Ein- und Verkaufs-Genossenschaft des Schlesischen Bauernvereins in Breslau 2000 Mk. Durch die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" Spende der holländischen Gemüse- und Obsthändler 500 Mk. Zusammen 17 186,21 Mk.

Ferner für die

Weihnachtsspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte:

Kreis Striegau 1180,74 Mk.

Ferner für die

Schwesternspende:

[illegible] 141 Mk. [illegible] 1748,65 Mk. [illegible] 1826,70 Mk., Hirschberg i. Schl. 50 Mk., [illegible] 5137,56 Mk. und 212,03 [illegible] 229,51 [illegible] Glatz 1700 Mk. [illegible] 279,46 Mk. [illegible] Frauenverein Münsterberg 300 Mk., Jauer 26 Mk., Glatz 200 Mk., Trachenberg 889,50 Mk. Mobilmachungsausschuß der freiw. Krankenpflege Breslau Stadt und Landkreis 30 000 Mk. Zusammen 48 172,69 Mk.

Ferner für

Kaiser- und Volksdank für Heer und Flotte, Weihnachtsgabe des Deutschen Volkes 1917:

Stadthauptkasse Schweidnitz 1200 Mk. Stadt Königshütte O.-S. 3000 Mk. Kreis Münsterberg 4072,25 Mk. Glatz 1500 Mk. Cosel O.-S. 6000 Mk. Pleß 6269,75 Mk. Grottkau 5000 Mk. Ohlau 10 000 Mk. Frankenstein 4683,64 Mk. Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben hier 6000 Mk. Vaterl. Frauenverein in Falkenberg O.-S. 3000 Mk. Kommerzienrat Dr. Georg Heimann, hier 5000 Mk. Zusammen 55 725,64 Mark.

Ferner für

Weihnachten für die Lazarette des Kriegsschauplatzes 1917:

Vaterl. Frauenverein Malapane 72 Mk., desgleichen Löwenberg 512 Mk. Kr. Neumarkt 163,50 Mk. (Rest). Groß-Wartenberg 315 Mk. Falkenberg 1007,60 Mk., Dembio 30 Mk., Carlsruhe O.-S. 50 Mk. Holzkirch 25 Mk., Sowada 55 Mk., Reichenbach 406 Mk., Goldberg 07,25 Mk. Schönau (Katzbach) 1070 Mk., Ziegenhals einschließlich einer Industriespende 1381 Mk. Münsterberg 3142,20 Mk. Goldberg 428 Mark. Antonienhütte 60 Mk. Bielschowitz-Kunzendorf, Paulsdorf 77,50 Mk. Frankenstein 90,30 Mk. und 102,15 Mk., Oberglogau 799,90 Mk. Zentralunterstützungsausschuß Kreis Pleß 400 Mk. Zweigverein vom Roten Kreuz Neusalz 500 Mark. Bunzlau 10 ,33 Mk. Durch Kommerzienrat Schwerin, hier halber Ertrag eines Konzerts 2000 Mk. Kreiskommunalkasse Löwenberg 1000 Mk. Stadt Ziegenhals 300 Mk. Zweigverein vom Roten Kreuz Liegnitz 1500 Mk. Kreissparkasse Glatz 1200 Mk. Fürstlich Pleß'sche Rentkasse Schädlitz 146 Mark. Zusammen 15 8 0,20 Mk.

Allen hochherzigen Gebern danke ich herzlichst!

Breslau, den 14. Januar 1918. 9719

Der Oberpräsident

als Territorialdelegierter der freiwilligen Krankenpflege in der Provinz Schlesien.

Verein Frauenwohl.

Sonnabend, d. 19. Januar, 8 Uhr abends, im Magdalenengymnasium Vortrag des Prf. Dr. Kalisky aus Berlin: 9685

„Kriegsorganisation und Uebergangswirtschaft."

Eintritt frei. Freie Aussprache Gäste willkommen.

Des Königs Erziehung

eine halb spaßhafte Geschichte von **Wilhelm Hegeler** mit Zeichnungen von A. Schmidhauer. Gut brosch. bisher 2.50 M., nur 1.30 M. **Buchhandlung Volkswacht.**

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate in der Volkswacht kosten die kleine Zeile **nur 20 Pfennige**

Kräftiger Laufbursche für [illegible] Handarbeiten verlangt, [illegible] Vorstellung zwischen 10–1 Uhr. 9715 **Schles. Strohhut-Fabrik Albert Goldstein Nachf.** [illegible]straße 15.

Arbeiter-Frauen [illegible] „Volkswacht".

Verschiedenes

Hausbereinigung [illegible] 9717

Verloren am 16. Januar [illegible] 9720 [illegible]

Pfänder [illegible]